

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

169 (23.7.1912)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
 Abonnementspreis: In's Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Plagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
 Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.
 Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
 Postfach-Conto Nr. 2650

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Sozial-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:
 Buchdruckerei G. & C. o., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gemeindefachliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Biegler in Karlsruhe.

Unsere heutige Nummer umfaßt einschließlich der Unterhaltungsbeilage 10 Seiten.

Der Zorn des Oberherrn.

Auf dem Schützenfest zu Frankfurt a. M. hat der Bruder des Kaisers, Prinz Heinrich, eine Versammlung, der auch der regierende Großherzog von Hessen angehörte, zur Treue gegen den Oberherrn aufgerufen. Da man in Deutschland nicht gewohnt ist, dergleichen Prinzentreden eine bestimmte politische Absicht unterzuschreiben, hat man diese allgemeine Redensart zunächst als Redensart genommen und als solche kommentiert. Inzwischen sind aber neue Erscheinungen zutage getreten, die fast vermuten lassen, daß die Verkündigung der preussischen Oberherrschaft unten am Main, an den Toren Süddeutschlands doch nicht ohne tiefere politische Bedeutung ist, sondern daß, was dort ausgesprochen wurde, ein politisches Programm ist, das eben jetzt in einer überaus wichtigen Frage nach Verwirklichung strebt.

Unmittelbar nach dem Schluß des badischen Landtags tauchten Gerüchte auf, die von einer Krise in der Karlsruher Regierung zu sprechen wußten. Diese Gerüchte, die insbesondere den so viel genannten und viel umstrittenen Minister v. Bodman betrafen, sind zunächst von Karlsruhe aus dementiert worden, doch erhält sich hier wie anderwärts der Glaube, daß die Lage des Ministers v. Bodman gefährlich sei. Die badische Regierung treibt je länger, je deutlicher eine Praxis, die mit der Theorie des Herrn von Bodman nicht zu vereinbaren ist. Die sozialistische Bewegung wird mit den kleinlichen Mitteln der preussischen Schikane bekämpft, die verfassungsmäßige Gleichheit aller vor dem Gesetz nicht anerkannt. Die badische Regierung hat für ihr Verhalten schon das Lob der ostelbischen Junkerschaft einheimen dürfen, die sich aber freilich nicht zufrieden geben will, solange sich der verhasste Urheber jener so eifrig beföhdenen Keulung noch im Amte befindet. Nach glaubhaften Versicherungen steht sie jetzt nahe vor ihrem Ziel und verdammt sie ihren Erfolg, der binnen wenigen Monaten durch die Verabschiedung des Herrn v. Bodman in Erscheinung treten soll, dem persönlichen Eingreifen Wilhelms II.

Von verschiedenen Seiten wird bestätigt, daß der großherzoglich badische Minister v. Bodman unter der Ungnade des preussischen Oberherrn schwer zu leiden hat, und es werden Ansprüche folportiert, in denen diese Ungnade ihren schärfsten Ausdruck findet. Wie es scheint, soll wieder einmal jemand „erschmettert“ und irgend etwas „in Scherben geschlagen“ werden. Verschiedene Parteiblätter wissen von einem Wort Wilhelms zu berichten, „das sowohl in staatsrechtlicher Hinsicht wie nach der persönlichen Seite hin sich so ungeheuerlich anhört, daß das „Ansehen der monarchischen Institutionen“ durch sein Bekanntwerden in weiteren Kreisen allerdings, wenigstens in Baden, wieder einmal einen „recht schweren Stoß“ erleiden würde.

Nach der deutschen Reichsverfassung, die einstweilen formell noch nicht aufgehoben ist, obwohl ihre Scherben tatsächlich schon längst verstreut umherliegen, regeln die deutschen Bundesstaaten ihre inneren Angelegenheiten selbständig, und insbesondere hat ein Eingriff des „Oberherrn“ in das den Hauptern der Einzelstaaten überlassene Recht der Ministerernennung in keiner Weise stattzufinden. Jeder von Berlin ausgeübte Druck zur Annullierung oder Entlassung von Ministern wäre verfassungswidrig, und jedes Nachgeben gegenüber einem solchen Druck müßte die Folge haben, daß der sogen. „monarchische Gedanke“ in Süddeutschland in rapiden Rückgang geraten würde.

Denn das Glück der Monarchie im deutschen Süden war von alter Zeit her ihre verhältnismäßige Unabhängigkeit von der preussischen Dynastie. Selbst in republikanisch gesinnten Kreisen empfand man es als kleineres Uebel, wenigstens nicht von Preußen regiert zu werden. Je tiefer die preussische Oberherrschaft im Süden ihre Wurzeln schlägt, je mehr die dort regierenden Bundesfürsten nur noch als Vasallen und Statthalter des Berliner Regiments erscheinen, desto rascher und energischer wird die alte Bewegung gegen das deutsche Bundesdespotentum wieder aufleben. Für die Dynastien Süddeutschlands wäre es ein schwarzer Tag, an dem das Volk zur Erkenntnis käme, daß es nur noch nach Art einer preussischen Provinzbevölkerung regiert würde, vielleich mit dem einzigen Unterschied, daß die zu zahlende Zivilliste ein Mehrfaches des preussischen Oberpräsidentengehalts beträgt.

Indes scheint, daß die Furcht vor dem Wachstum der Sozialdemokratie alle Erwägungen einer klugen Sonderpolitik in den Hintergrund gedrängt hat. Die Verprechtung des Südens macht reizende Fortschritte. In Bayern regiert heute genau dieselbe Gesellschaft wie im preussischen Landtag, nur daß entsprechend der Verschiedenheit des konfessionellen Kräfteverhältnisses hier die schwarze Couleu-

die blaue überwiegt. In Hessen herrscht im Schatten der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft, unumschränkt das System Breitenbach und hessische Minister bringen es fertig, die schärfsten Eingriffe in die staatsbürgerliche Freiheit der Beamten und Arbeiter vor versammelter Kammer zu rechtfertigen. Auch das badische „Musterländle“ hat sich diesem Zug der Zeit nicht entzogen, und ist auch der preussische Erfolg in der Personenfrage des Herrn v. Bodman noch nicht offenkundig geworden, so liegt es desto deutlicher zutage in der sachlichen Politik, die von dem Ministerium v. Dusch unter lebhafter Zustimmung der echtpreussischen Organe vom Schläge der „Kreuzzeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“ getrieben wird.

So hätte auch der preussische Großherzog eigentlich allen Grund, mit den Kleinen von den Seinen zufrieden zu sein. Aber es liegt nun einmal in der Eigenart der preussischen Oberherrschaft, daß sie sich mit einem Siege ihrer Grundfälle nicht zufrieden geben kann, sondern auch in alle Einzelheiten persönlich eingzugreifen bestrebt ist. Saum cuique, jedem das Seine, heißt der Wahlspruch — was aber gehörte nach der heute herrschenden Auffassung nicht den Hohenzollern?

Offizielle Subelei über die Volksversicherung.

Nachdem die arbeiterfeindlichen Preksofaden die von Gewerkschaften und Konsumvereinen gegründete „Volkssicherung“ in bekannter Manier abgetan haben, kommt auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das preussische Regierungsorgan, um in ihrem Wochenrückblick zu dieser Sache ebenfalls etwas zu sagen. Aber was das Kanzlerblatt zu sagen hat, ist so unklar und von so niederträchtiger Art, daß man annehmen kann, die Ausführungen stammen von einem Schreiber des berüchtigten Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Das Blatt leitet seine Ausführungen wie folgt ein: „Von den sozialdemokratischen Gewerkschaften ist in Verbindung mit den Konsumvereinen gleicher Farbe der Plan zu einer sogenannten Volksversicherung in Angriff genommen worden. Es versteht sich von selbst, daß hier nur der notdürftige humanitäre Ausweg gelassen wurde, um im Beginn zu blenden; sonst aber ist die Einrichtung, wie jede von der gleichen Herkunft, als eine Fangevorrichtung gedacht, womit man immer weitergreifend, neue Kreise an die Parteizwecke heranzuzwingen möchte“. Dann bemerkt die „Offizielle“, ursprünglich habe die Absicht gehehrt, den Verächtlichen keinen Rechtsanspruch zu gewähren, um wie die „Kreuzzeitung“ ausgeführt habe, die Gewerkschaftler an die Kette zu legen, damit sie jederzeit ein willenloses Werkzeug in der Hand des Gewerkschaftsführers seien. Diesem Plan habe das Aufsichtsam für Privatversicherung einen wirklichen Damm entgegengeleitet, indem es einfach vorschrieb, die Volksversicherung müsse einen Rechtsanspruch gewähren, widrigenfalls die Genehmigung verjagt würde.

Nach diesen Verdächtigungen wird der Leser nach der eigenen Stellungnahme des Kanzlerblattes fragen. Man soll sie wohl folgenden Zeilen entnehmen:

„Auch auf dem landwirtschaftlichen Genossenschaftstage in Dresden ist, wie bereits gemeldet, eine Resolution zur Annahme, gelangt, die der neuen sozialdemokratischen Absicht scharf gegenübertritt. Generallandschaftsdirektor Kapp als Redner betonte, die Bundesregierungen müßten Bedenken tragen, jene Volksversicherung zu genehmigen. Böden die bestehenden Vorschriften keine Handhabe für ein Verbot, dann sei eine schnelle Aenderung der Gesetzgebung notwendig, damit der Staat nicht wehrlos dem sozialdemokratischen Messer ausgeliefert werde. Solch eine Versicherung sei lediglich eine neue Form der sozialdemokratischen Propaganda. Um diese zu bekämpfen, verlangte Redner überall die Gründung volkstümlicher öffentlicher Lebensversicherungsanstalten.“

Diese Anwürfe unterstreicht das offiziöse Organ noch wie folgt: „Gewiß ist, daß die plötzlich so eifrigen Volksversicherer, die allein wahrhaftigen Kämpfer gegen Unrecht und Unterdrückung, unbedirrt fortfahren, ihre eigenen Arbeitnehmer möglichst jämmerlich zu entloshen und so „menschenswürdig“ zu behandeln, wie es die Norm bei Feinden zu sein pflegt, denen man aus freier Wahl kein fremdes Geschick überantworten dürfte“. Und nun folgt der demagogische Artikel aus der „Nationalliberalen Korrespondenz“ über die „Arbeits- und Gehaltsverhältnisse in den sozialdemokratischen Konsumvereinen“, den wir bereits Anfang dieses Monats gründlich abgetan haben. Der Artikel fußt auf einer im „Reichsarbeitsblatt“ erschienenen Statistik, die im Jahre 1910 vom Verband der Lagerhalter aufgenommen wurde. Aber weder die „Nationalliberalen Korrespondenz“ noch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ teilen ihren Lesern mit, daß die Statistik aus dem Jahre 1910 stammt, und daß das „Reichsarbeitsblatt“

der Statistik anfügte, seitdem hätten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Angestellten in den Konsumvereinen nicht unmerklich verbessert. Nachdem in der sozialdemokratischen Presse dieses unaufrichtige Vorgehen der „Nationalliberalen Korrespondenz“ gebührend gekennzeichnet wurde, hätte man erwarten können, daß das Regierungsorgan nicht aus so trüber Quelle schöpft. Aber es muß ja in die Kerbe der Scharfmacher hauen und da scheint dem Blatt jedes Mittel recht zu sein.

Deutsche Politik.

Gegen den Geburtenrückgang. Mit welchem Hochdruck die Behörden in Preußen gegen den Geburtenrückgang vorgehen, zeigt folgende Maßnahme des Düsseldorfener Regierungspräsidenten. Er unterjagt in einer Verfügung den Landesbeamten seines Regierungsbezirks, Geburten und Eheschließungen durch die Zeitungen künftig anzukündigen. Es soll dadurch verhindert werden, daß Familien Broschüren und sonstige Angebote zugelandt werden, die zumeist die Verhütung von Kinderlegen betreffen. Angehts der Bewegung, die Zahl der Geburten künftig niedrigerhalten, müsse diesem Treiben mit aller Schärfe entgegengetreten werden. — Es wird angenommen, daß dieses Verbot auf das ganze preussische Staatsgebiet ausgedehnt wird.

Reichs-Theatergesetz. Offiziös wird gemeldet, daß in diesen Tagen zwischen den zuständigen Reichsreferats und den preussischen Ministerien Beratungen über den Entwurf zu reichsgesetzlichen Bestimmungen für das Theaterwesen stattgefunden haben. Es handelt sich im wesentlichen um eine Regelung des Engagementsvertrages. Im allgemeinen sind hierfür die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag maßgebend. Die Gehaltsfrage wird hierbei naturgemäß außerhalb jeder Erörterung bleiben, da die Freiheit des Arbeitsvertrages nicht durch Festsetzungen über Gehalt und Lohn beeinträchtigt werden darf.

Eine erneute Anhörung von Sachverständigen habe sich nicht als notwendig erwiesen, da die Ende vorigen Jahres abgehaltene Konferenz mit Vertretern der beteiligten Organisationen die gewünschte Klärung brachte. Der sozialpolitische Teil der in Vorbereitung befindlichen Bestimmungen ist im wesentlichen zum Abschluß gelangt. Hier kommen lediglich die Gebiete in Frage, die dem Bundesrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann, steht noch dahin. Man nimmt jedoch an, daß der Gesetzesentwurf dem Reichstag in seiner nächsten Tagung zugehen werde.

Verfassungsbruch in Schwarzburg-Rudolstadt. Nachdem der Regierung ihre Absicht, durch die Landtagsauflösung eine genehmere Majorität zu erhalten, durchkreuzt worden, verläßt sie jetzt auf anderem Wege ihre Pläne zu verwirklichen. Es werden, ohne die Einwilligung des Landtages, einfach Gesetze dekretiert. In der letzten Nummer des Regierungsorgans wird ein Gesetz dekretiert, das allen Staatsbeamten, den Schullehrern und Geistlichen eine Feuerungszulage von acht Prozent ihres Jahresgehältes bringt. Der frühere Landtag hatte sich schon mit dem nämlichen Gesetz zu befassen; unsere Vertreter erklärten auch, nicht gegen eine solche Zulage zu sein, befehlten sich aber in der Festlegung der Zulagen eine andere Form vor, da sonst die hohen Beamten hohe und die niederen Beamten niedrige Zulagen erhalten hätten. Bezüglich der Zulagen der Geistlichen erklärten unsere Genossen, daß bei diesen keine Notlage vorläge und deshalb von einer Zulage absolut keine Rede sein könne. Nun hat die Regierung, obwohl sie weiß, daß der neue Landtag nicht damit einverstanden ist, einfach dieses Gesetz dekretiert. Zweifellos bedeutet das eine grobe Verfassungsverletzung, denn die Regierung darf ein solches Gesetz nur erlassen, wenn ein dringendes Bedürfnis vorliegt. Das muß aber im vorliegenden Fall entschieden verneint werden, denn die Einberufung des Landtages ist auf den 4. September angeordnet, so daß der Landtag selbst entscheiden konnte. Das bittere Ende für die Regierung kommt nach. Nach der Verfassung sind solche dekretierten Gesetze dem Landtage sofort nach seinem Zusammentritt zur Genehmigung vorzulegen und unsere Genossen werden dann dafür sorgen, daß dem Selbstherrlichkeit des jetzigen Staatsministers, Freiherrn v. d. Redde, ein gehöriger Dämpfer aufgesetzt wird. Ohne Zweifel bedeutet das Vorgehen der Regierung eine Provokation gegen unsere Partei, unter deren Dedmantel dann die Regierung in einer der ersten Landtagsitzungen wahrscheinlich die zweite Landtagsauflösung vornehmen wird.

...ngen!
 ...en
 ...weiss 95
 ...1.85 1.45
 ...ZE und 35
 ...a 75, 48, 3
 ...Madapol. 68
 ...1.45, 1.15 95,
 ...elstoff 48
 ...m 55, j. u.
 ...erei- 28
 ...75, 35, 3
 ...offer
 ...bzüg., Eins., Mes-
 ...schloss, div.
 ...1., 24., 17.50
 ...t mit Schutzzüg.,
 ...hlag und
 ...0, 20.50, 18.00
 ...mit, 50—70 cm,
 ...Schloss, 4.50, 3.25
 ...bre, 55—70 cm,
 ...strecke
 ...2.75, 9.50, 8.75
 ...65
 ...fpapier
 ...osser Posten
 ...nd unter Preis
 ...Karton
 ...95, 1.25
 ...de-Sohlen
 ...kleine Treffer
 ...er aus der Knie
 ...te in meine Kollie
 ...sfort eingel.
 ...erien sind: Bab-
 ...tatter, Engener,
 ...à M. 1.—
 ...und Zweibrücker
 ...Luisenheim
 ...mehr mit Rabatt.
 ...I Göh,
 ...1/15 b. Rathhau-
 ...deuts. Klassenkitt
 ...ingetroffen. 750
 ...rrad-
 ...rwerkstätte
 ...leinbach
 ...r. 26, n. der Hauptst.
 ...sowie Einsetzen
 ...Naben in allen
 ...den pünktlich
 ...führt.
 ...u. Vernickelung
 ...Naben der Räder
 ...Gelegenheit.
 ...hörteile billigst
 ...vertreter:
 ...Greit- und
 ...Fahrräder

Politik in der Kaserne. Eine neue Methode des Kampfes gegen die Sozialdemokratie wird in Braunschweig zurzeit in Anwendung gebracht. Die zur Entlassung kommenden Mannschaften des Infanterieregiments Nr. 92 und die des Fußarenregiments Nr. 17, beide in Braunschweig, wurden am Dienstag und Mittwoch nachmittags mit den Unteroffizieren unter Führung von Offizieren in das Exerzierhaus bezw. die Reitbahn kommandiert, um Vorträge des Oberpostassistenten Behse aus Magdeburg über das „Wesen der Sozialdemokratie“ und den Wert der Kriegervereine anzuhören. Der Redner stattete den Regimentsführern zunächst seinen Dank ab, daß man ihm gestattet habe, zu den Soldaten sprechen zu können, um sie für eine gute Sache zu begeistern. Denn die Bestrebungen der Armee und der Kriegervereine seien die gleichen und ihre beiderseitigen Ziele gipfelten in der Vertiefung nationalen und vaterländischen Pflichtbewußtseins, in der Vertiefung rüchhaltiger Kreise für Monarchie und Vaterland. Dann verbreitete er sich eingehend über das Wesen der Sozialdemokratie, wie, wird leider in der bürgerlichen Presse nicht gelagt, um dann zum Beitritt in die Kriegervereine aufzufordern, deren Verdienste im Unterstufungsweesen er über den grünen Klee lobte. Von dem Magdeburger Kriegerverein sind den beiden Braunschweiger Regimentsführern auch je 50 Exemplare der Broschüre „Hoch lebe der Reservemann“ überwiesen worden, die vom Deutschen Kriegerbunde herausgegeben worden ist.

Das Unterstufungsweesen der Kriegervereine ist in seiner Wirkung allerdings kläglich genug, denn der ganze Landwehrverband für das Herzogtum Braunschweig z. B. mit seinen annähernd 25 000 Mitgliedern zahlt im Jahresdurchschnitt etwa 33 000 Mark an Unterstützung aus, während zu derselben Zeit die freien Gewerkschaften der Stadt Braunschweig mit ihren 14 000 Mitgliedern allein weit über 200 000 Mk. als Unterstützung an ihre Mitglieder zurückfließen lassen.

Der Herr Oberpostassistent wird die Vorträge selbstverständlich in seiner freien Zeit und nicht etwa gar in seinen Dienststunden gehalten haben. Auch wird der gesunde Sinn die Reservisten zwar davor bewahren, daß sie sich an dem zweifellos sehr gemischten Geistesgebräu des Herrn Behse den Magen verderben. Immerhin aber ist die Frage berechtigt, wie kommen die Regimentskommandeure dazu, die Reservisten zu offenkundig politischen Versammlungen und Vorträgen zu kommandieren, die für sorgfältigste Unter Aufsicht der Öffentlichkeit stattfinden? Unheil werden die Versammlungen zwar nicht allzu viel anrichten können, denn die Not des Lebens wird den Reservisten schon den Weg zeigen, den sie zu gehen haben. Allein es muß doch energisch gegen den Mißbrauch der Kaserne für die einseitige politische Agitation protestiert werden.

Husland.

Frankreich.

Sozialistische Gemeinderäte zum Nationalfest. Der Gemeinderat von Dreß, dessen Kundgebung die Kunde gemacht hat, ist nicht der einzige, der von dem Erwachen eines neuen Geistes im arbeitenden Volke Frankreichs Kunde gegeben hat. In St. Denis veranstaltete die Gemeindeverwaltung als Gegen-Kundgebung gegen die neuen Millerand'schen Papstentwürfe am 13. Juli einen „Papstentwurf“ mit Fackeln, aber mit Ausschluß der Militärmusik, an deren Stelle Zivilkapellen traten. Am 14. Juli fiel der Empfang der Militär- und Zivilbehörden aus, der durch eine der ganzen Bevölkerung zugängliche Schulfestfeier ersetzt wurde, und am 15. gab es eine Gräueltat. — In Onnaring (Nord) nahm der Gemeinderat den Bedenken der Niederwerfung der Wastille, des politischen Gefährnisses der alten Monarchie, zum Anlaß, gegen die durch Clemenceau erfolgte Erneuerung des Zwangsregimes und die Einschränkung wegen politischer Meinungsverschiedenheiten zu protestieren. — In Guise (Aisne) erhob der Rat am 13. Juli Protest gegen Millerand's Schandgesetz, das, in der Kammer durch Ueberzumpelung beschlossen, verurteilte Sozialisten und Gewerkschaftler den afrikanischen Zwangskompagnien zuweist. — Uebrigens gab es in Dreß ein Nachspiel während der Parade selbst. Ein bürgerlicher Gemeinderat warf dem Bürgermeister vor, mit den sozialistischen Gemeinderäten unbedeckten Hauptes geseffen zu haben, um nicht die Fahne grüßen zu müssen, und

Hans Dampf in allen Gassen.

Erzählung von Heinrich Schöffle.

(Fortsetzung.)
In allen Gassen.

Der große Tag erschien, da die gefährliche Lage der Republik verhandelt werden sollte. Begebenheiten, wie die der vergangenen Woche, waren seit undenklichen Zeiten nicht geschehen. Hans Dampf war inzwischen nicht müßig gewesen. Er hatte allen Schönen der Stadt den Hof gemacht, allen geschworen, er habe nur ihretwillen des Sedelmeisters budlige Tochter aufgeopfert. Die dankbaren Schönen hatten dafür ihre Mütter, die Mütter ihre Eheherren und diese ihre im Räte befindlichen Freunde gegen den ungebührlichen Jopf des Stadtschreibers in Harnisch gebracht. Jedermann erwartete mit Furcht und Zittern den Ausgang der Dinge. Sobald die Ratsglocke läutete, waren alle Kalenburger und Kalenburgerinnen im Geiste auf dem Rathaus, wenn sie nicht Berufs wegen dort sein konnten. Viele Handwerker verließen ungeduldig ihre Werkstätten, der Schmied den Amboss, der Müller die Mühle, der Reinweber den Wirkstuhl, um auf dem Platze vor dem Rathaus den Augenblick zu erwarten, da die wohlweisen Herren in Mänteln und Deggen die hohen Stiegen aus der Sitzung herabkommen und ihren Bekannten vertraulich den Gang der Sachen offenbaren würden.

Der Rat fand sich in höchster Vollzähligkeit beisammen. Abwechselnd wandten sich die Augen aller während der ersten Stille auf die beiden Parteihäupter, besonders auf den Stadtschreiber, vor welchem auf dem Tisch ein paar Scherben von Kochtöpfen neben einem Perlmutternopf lagen.

Nach Beiseitigung der ersten Geschäfte forderte Muder wirklich das Wort und schritt zur Anklage. „Woher soll ich Worte nehmen,“ hob er an, „um das Verderben zu schildern, welches der unruhige Geist eines unserer Mitbürger über die Republik gebracht hat? Seit der Gründung Roms und Kalenburgs haben viele Menschen gelebt; aber nicht einer von allen war fähig, in so

kurzer Zeit, mit so geringen Mitteln, in so ungeheuren Spielräumen, so unheilbringend zu wirken, als Hans Dampf. Ja, ich nenne ihn, o Landesväter, denn schon nennt ihn jedes Kind auf den Gassen als den Stifter alles Übels in der Republik. Oder wo wäre ein Hans, welches nicht über ihn zu klagen hätte? Sind Geheimnisse irgendwo verraten: so war Hans Dampf dabei. Gab es Klatschereien: so half Hans Dampf. Zankten sich Eheleute: so hatte sie Hans Dampf wider einander gehetzt. Mißlang irgend ein Plan: so war Hans Dampf in die Quere gekommen. Ging eine Verlobung rückwärts: so hatte Hans Dampf die Hand im Spiel. Scheiterte ein Unternehmen: so war es durch die Ungeschicklichkeit dieses Hans Dampf. Er ist wie zum Glend der Welt geboren, hat seine Nase überall, fährt überall zu, will alles wissen, alles machen, alles bessern und bringt alles in Verwirrung.“

Badische Politik.

Ein badischer geheimer Rat in guter Gesellschaft.

Die badische Regierung legte bekanntlich dem jetzigen Landtage, der am Mittwoch bis zum Herbst vertagt worden ist, neue Steuerprojekte vor: die preußisch-badische Lotteriegemeinschaft und eine Erhöhung der Warenhaussteuer. Diese beiden, als „moralische Einrichtungen“ begründeten Forderungen wurden von der gesamten bürgerlichen Patriotenchaft ohne Widerspruch geschickt; das Zentrum gab dem Lotterietempel den kirchlichen Segen und eiert auch die Herren vom fortschrittlichen Landsturm zu einer Lobpreisung der staatlichen Zwangslotterie an, mittelst welcher das Geld der kleinen Leute gegen die Raffgier der nichtnationalen Spielteufel dem einheimischen Glücksspiel gesichert werden könne.

Der erhöhten Warenhaussteuer gegenüber war die bürgerliche Demokratie in der Kommission zuerst geteilter Meinung; als aber im Plenum der Zweiten Kammer die Regierung und ihre Verbündeten vom schwarzblauen Bloch das Evangelium der Mittelstands-Rettungsmessiaspredigten, war auch hier die volle Harmonie der bürgerlichen Herzen erreicht. Der sozialdemokratische Fraktionsredner, so überzeugend er die volkswirtschaftliche Beschleunigung dieser unsozialen Steuer auch darlegte, bemühte sich vergebens. Nur die Sozialdemokraten stimmten dagegen.

Nun ging die Sache an die Triarier des Herrenhauses, woselbst Herr v. Bodman die Rettung des Mittelstandes den durchlauchtigsten und hochgeehrten Herren empfahl. Nur eine Stimme wagte zu widersprechen, der Jurist und Geheime Rat Dr. Lewald. Er bekannte sich als prinzipieller Gegner der Warenhaussteuer, sie sei schon darum unmotiviert, weil Vermögen und Einkommen durch die badische Gesetzgebung in progressivem Grade steuerlich veranlagt sind, also die gewinnbringenden Leistungsfähigkeiten der Warenhäuser bei jeder Erhöhung ihrer Erträge getroffen werden können. Redner belehrte die Regierung, daß es mit der sozialpolitischen Fürsorge zugunsten des Mittelstandes durch eine solche Maßnahme wieder nichts sein werde. Die ökonomische Ueberlegenheit des modernen kapitalistischen Großbetriebs könne nicht durch eine brutale Steuer beseitigt werden. Durch die dreifache Möglichkeit, die Warenhaussteuer auf andere abzumwälzen, wirke letztere im höchsten Grade unsozial. Um angehenden Mittelstand zu schützen, verteuere man die Preise für den Massenbedarf des Volkes und protegiere daneben die Beamten- und Offizierswarenhäuser. Wer die Warenhaussteuer als ungerechtfertigt ansieht, befände sich im Einklange mit der Wissenschaft.

„Also befinde ich mich in guter Gesellschaft“, schloß der Geh. Rat Lewald seine Rede und stimmte als einziger des Oberhauses gegen das unsoziale Gesetz.

Presse und Militärvereinsverband.

Der geschäftsführende Ausschuß des Landesverbandes Badischer Redakteure richtete in der bekannten Angelegenheit „Presseverteiler-Militärvereins-Verband“ ein Rundschreiben an seine Mitglieder, in welchem es u. a. heißt: „Der Ausschuß ist der Auffassung, daß es unter der Würde der Presse wäre, irgendwelche Notizen über den Militärvereinsverband zu veröffentlichen, solange der Konflikt nicht befriedigend beigelegt ist. Er hat den Bad. Wälschischen Verlegerverein von dieser Auffassung verständigt und die Erwartung ausgesprochen, daß die Verleger Solidarität bekunden. Von den Mitgliedern des Landesverbandes glaubt der geschäftsführende Ausschuß das als selbstverständlich voraussetzen zu dürfen.“

Machen wir!

Das nationalliberale Parteifest.

welches auf der Hochburg stattfinden sollte, konnte der schlechten Witterung wegen nicht abgehalten werden, und

hat man sich in letzter Stunde auf Volksversammlungen im Wauschischen Saal sowie in der städtischen Turnhalle in Emmendingen beschränkt. Die Versammlungen waren sehr stark besucht, namentlich die im Wauschischen Saal. Hier sprach der nationalliberale Landtagsabgeordnete Rebmann-Karlsruhe über allgemeine Politik und über das Blockabkommen, dabei betonend, daß dieses Blockabkommen nicht bindend sei, sondern nur so lange bestehe, als wie eben die Notwendigkeit dafür vorhanden sei. Redner sprach sodann über die Arbeiten des Landtags, dabei besonders hervorhebend, daß mit der Sozialdemokratie feinerlei Abmachungen getroffen worden seien, sondern daß die nationalliberale Partei mit ihr zusammengearbeitet habe, wo beide Parteien der gleichen Auffassung gewesen waren. Er betonte die Unabhängigkeit der nationalliberalen Partei von der Regierung, die sie unterstützen werde, solange sie liberale Bahnen wandle. Ein Verlassen dieser Bahnen sei aber in einem Lande, das über ein halbes Jahrhundert liberal regiert worden sei, nicht durchführbar, ohne das Land den schwersten Erschütterungen auszuliefern.

In der Turnhalle sprach Herr Professor Fabricius-Freiburg, den Zwiß in der liberalen Partei erwähnend und betonend, die badischen Nationalliberalen hätten keine Parteipäpste in Berlin und ständen voll Vertrauen hinter ihren Führern. Die badischen Nationalliberalen wollten alte Liberale sein, aber keine Altliberalen. Weiter sprach noch Herr Kölsch, während bei der Vorfeier am Samstagabend Herr Landtagsabgeordneter Wesseler sprach. Das Fest brachte trotz des schlechten Wetters viele Gäste, was man bei dem nachmittags stattfindenden Umzug beobachten konnte.

Zentrümlich-Kommunales.

In Nr. 159 des „Bruchtaler Boten“ wird dem angevollstreckenden Waldmichelbock folgende Schauergeschichte erzählt:

Seutern, 15. Juli. Die Feier des Geburtstages unseres Landesherrn wurde auch hier begangen. An dem Festgottesdienst nahmen die hiesigen Militärvereine und die freiwillige Feuerwehr in corpore mit Fackeln teil, wozu die Mitglieder in starker Anzahl angetreten waren. Bei der Kirchenparade wurde die Musikkapelle, die in den früheren Jahren immer herangezogen worden war, sehr vermehrt. Seitdem aber in der hiesigen Gemeinde das sozialdemokratische Element viel Überwasser hat, sind Mittel vorhanden für alle möglichen Dinge und Anlässe, nicht aber für kirchliche und vaterländische.

Damit der erschrockene Spießer nicht etwa vor Angst einen Nervenflaps bekommt, weil in Zeuthern so langsam der Zukunftsstaat eingerichtet wird, wollen wir die näheren Umstände mitteilen, die die Musikkapelle veranlaßten, dieses Jahr der patriotischen Veranstaltung fernzubleiben. Man schreibt uns darüber aus Zeuthern:

Daß die hiesige Musikkapelle bei solchen Veranstaltungen nicht mehr mitmacht, daran ist lediglich der hiesige Ortsgeistliche schuld, der dieselbe, da sie ihm zu „anrüchlich“ erscheint, beim Fronleichnamsumzug boykottierte und eine auswärtige Kapelle engagierte, die nebenbei bemerkt, sogar „fehergläubig“ ist und die Zeremonien nicht mal mitmachen konnte. Da wir hier früher eine Zentrumsdorfregierung hatten, wurden die Kosten für die Musik beim Fronleichnamsumzug einfach aus dem Gemeindefiscäl bezahlt und um die boykottierte hiesige Musikkapelle recht zu ärgern, wurde der „fehergläubigen“ Kapelle sogar der dreifache Betrag zugesichert, als im Gemeindevoranschlag für diese „Position“ vorgelesen ist. Der Geistliche äußerte sich, die Zeutherner Musik dürfe überhaupt nicht mehr spielen; auch hat er dieselbe vierzehn Tage lang in der Kirche und Schule verdonnert. Da sagte sich die hiesige Musikkapelle wohl mit Recht: Diejenigen, die beim Fronleichnamsumzug den Zinnrummra gemacht haben, sollen ihn auch beim Großerzgebirgsfest machen, wofür nichts bezahlt wird.

Die Sozialdemokratie hat hier allerdings in der Gemeindeverwaltung „Überwasser“ bekommen und sie wird sich erlauben, in den Zentrumsvoranschlag etwas hineinzuwickeln, und dafür sorgen, daß künftighin kommunale Gelder nicht mehr in solch unverantwortlicher Weise für

weil man ihm das Unglück erst gemeldet, da es geschehen war. Wären aber auch die Spritzen zeitig genug erschienen, würde darum das Feuer nicht minder heftig gebrannt haben, weil bekanntlich die Wäskwertzeuge Alters wegen zerfallen und verkauft wären, also daß keine Tasse voll Wasser darin Etich hielte.

Der Stadtschreiber Muder aber widerredete dem heftig, bewies, daß Hans Dampf allerdings der Urheber alles Übels sei und schloß mit den Worten: „So weit, o Landesväter, ist es gekommen, daß es bei mir gar keines Zuspruchs mehr bedarf, um mich glauben zu machen, daß an dem blutigen Türkenkriege, daß an der großen Viehseuche in Polen, daß an dem fürchterlichen Erdbeben in Kalabrien, daß an dem letzten Sturm, welcher die spanische Silberflotte in den Abgrund des Meeres senkte, niemand anders als Hans Dampf schuld sei. Seit er wieder in unsere Mauern kam, ist Verwirrung, Zwietracht, Parteienwesen und Kärrn an der Tagesordnung. Noch steht Kalenburg; aber wir Landesväter werden den Untergang dieser uralten, herrlichen und weltberühmten Stadt sehen, wenn wir den Hans Dampf nicht von uns weg über alle Meere verbannen. Wessen ist er nicht fähig? Hat er uns noch nicht der Entzweiung, des Schreckens genug gebracht? Wollet ihr noch Bürgerkriege erleben, Mord und Brand, den Einsturz dieses ehrwürdigen Rathauses, die Einschüderung unserer Wohnungen?“ Und nun fuhr Muder fort, ein Bild der Verwüstung zu entwerfen, daß allen Zuhörern und selbst dem edlen Hans Dampf die Haare vor Grausen bergan standen und jeder den Augenblick vor der Tür glaubte, wo die Zerstörung Jerusalems sich in Kalenburg wiederholen würde.

Angst und Furcht, Schrecken, Verzweiflung und Rache war in allen Gesichtern zu erblicken. Einige saßen halb ohnmächtig eingeklinkt da; andere schoben mit erweiterten Augenlidern wutvoll und schößen mörderische Blicke auf den Staatsbaumeister; andere wollten in hängem Entsetzen zu den Jübrigen flüchten, um sie zeitig zu retten, sanken aber mit gebrochenen Knien auf die Bank zurück; andere wollten das Wort fordern und auf den Tod des Hans Dampf antragen und konnten nur mit dem Jörn ersticker Stimme unübernehmlische Töne hören lassen.

Kommunalpolitik.

* Forzheim, 21. Juli. Das Volksschulrektorat hat soeben einen Bericht über die hies. Schulen herausgegeben, welcher die drei letzten Schuljahre umfaßt. Der Bericht geht u. a. auch auf die viel umfrittenen Förderklassen ein. Es wird da bemerkt, daß sich die Förderklassen für die Industriestadt Forzheim als eine außerordentlich segensreiche Einrichtung erwiesen haben, die man unter keinen Umständen an der Schule mehr missen möchte.

* Busch, 22. Juli. Bürgerauswahlwahlen. Die Wahl in der 1. Klasse hatte folgendes Ergebnis: Sozialdemokratie je 1 Sitz auf 6 und 3 Jahre, Zentrum je 5 Sitze, Freie Vereinigung je 4 Sitze. Der Bürgerauswahlschuß setzt sich nunmehr zusammen aus 28 Sozialdemokraten, 18 Zentrum und 14 Freie Vereinigung.

* Weinheim, 22. Juli. Bei den Bürgerauswahlwahlen in der 2. Klasse auf 6 und 3 Jahre erhielten die Bürgervereinigungen 14, die liberale Partei 10 und die Sozialdemokratische Partei 4 Sitze.

* Bilingen, 21. Juli. Für die am 22. und 24. Juli stattfindenden Bürgerauswahlwahlen der 3. Wählerklasse liegen vier Vorschlagslisten vor, und zwar von der nationalliberalen Partei, der Zentrumspartei, der fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten.

* Tauberbischofsheim, 21. Juli. Der Bürgerauswahlschuß genehmigte die Erhöhung des Zinsfußes der Spar- und Waisenfassen von 3% auf 4 Prozent und die Verwendung von Sparfassenüberschüssen in Höhe von 20 000 M.

* Gemeinderatswahl in Ladenburg. Bei der am Freitag stattgefundenen Gemeinderatswahl erhielt die Sozialdemokratie 2 Sitze, die Nationalliberalen 3, die Bürgervereinigungen 2 und das Zentrum ebenfalls 2.

* Kassensteuer in Rempten. Der Magistrat plant ernstlich die Einführung der Kassensteuer, um eine Verminderung der Kassen und damit einen wirksamen Vogelschutz zu erzielen.

* Beigeordnetenwahl in Offenbach. In der Stadterordnetenversammlung wurde die Wahl eines unbesoldeten Beigeordneten vorgenommen. Vorher verwies der Oberbürgermeister zunächst auf den Beschluß des Ausschusses, durch den die Wiederwahl des bisherigen Beigeordneten unseres Genossen Eigner, dessen Amtsperiode im Oktober abläuft, der Versammlung empfohlen wurde. Dr. Dullso betonte, daß die Leistungen Eigners in den sechs Jahren seiner bisherigen Tätigkeit der Gemeinde von großem Nutzen gewesen seien, und riet dringend, Eigner mit allen Stimmen wieder zu wählen. Der fortschrittliche Beigeordnete Kappus hat sodann ebenfalls die bürgerlichen Beigeordneten, die politische Seite aus dem Spiel zu lassen und Eigner wiederzuwählen. Wenn Eigner einstimmig gewählt werde, so werde er auch sicher wieder bestätigt werden; andernfalls würde man einen besoldeten Beigeordneten anstellen müssen, denn ein anderer werde wohl kaum die große Arbeitslast, die Eigner bisher geleistet habe, ohne Entgelt auf seine Schultern nehmen. In der hierauf geheim vorgenommenen Wahl wurden 23 Stimmen für Eigner und 5 weiße Zettel abgegeben.

Aus dem Lande.

Durlach.

* Sozialdemokratischer Verein. Die Generalversammlung vom letzten Samstag hatte einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen. Das Lokal war dicht besetzt. Den Geschäftsbericht gab der Vorsitzende, Gen. Weber. Daraus geht hervor, daß im abgelaufenen Geschäftsjahre 27 Ausschüßungen, 19 Mitgliederveranstaltungen und 6 öffentliche Volksversammlungen stattgefunden haben. Der Parteiverein hatte eine reine Zunahme von 47 Mitgliedern bei 78 Neuaufnahmen. Der Stand der Kasse ist trotz der hohen Wahlausgaben, die das letzte Jahr mit sich brachten, ein sehr guter. Die Ergebnisse der Gemeindefestnahmen sowohl, als auch der Reichstagswahl, letztere natürlich nur bezüglich des Stimmengewinnes, sind für uns befriedigend. Die Zahl der Volksfreundler beträgt rund 900. Der Wahlkreisfeste werden als freiwilliger Beitrag 100 M. überwiesen; 75 M. werden für weiteren Ausbau der Bibliothek bestimmt, auch wurden die Vergütungen der Einkassierer etwas erhöht. Der Stand des Schrift- und Bücherbestandes wurde als ungenügend und besserungsbedürftig bezeichnet. Die Neuwahlzeitige, obgleich eine Kritik an der Tätigkeit der Parteileitung so gut wie gar nicht geübt wurde, ein etwas überraschendes Resultat. Die betr. Genossen verhielten sich einer Wiederwahl gegenüber fast durchweg ablehnend. Die neugewählte Parteileitung setzt sich zusammen aus folgenden Genossen: 1. Vorf. Gen. Weber, 2. Vorf. Gen. Müller, Kassier Gen. Haber, 1. Schriftführer Gen. Schuder, 2. Schriftführer Gen. Kabis, Bibliothekar Gen. Schroth; als Revisoren fungieren die Genossen Oeder, Hirscher und Flohr. Der Vorschlag einer Beisitzerin soll den Parteigenossinnen überlassen werden wie bisher. Nachdem noch einige sonstige Angelegenheiten erledigt waren, konnte der Vorsitzende die vorzüglich verkaufene Versammlung um 12 Uhr schließen.

* Am Samstag, 3. August, findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher zunächst der Bericht der Vorstandskonferenz gegeben und sodann zum Badischen und Deutschen Parteitag Stellung genommen werden soll.

Ettlingen.

* Erwerb des badischen Staatsbürgerrechts! Es ist höchste Zeit. Wir erjuchen unsere Parteigenossen und Gewerkschaftslogen — Nichtbadener — darauf aufmerksam zu machen. Man wende sich unverzüglich zwecks Auskunft, Anfertigung von eventuellen Schriftstücken an die Gen. Leppert, Stöhrer und Glunz.

* Im Sauberdentan gehaltenes Geschimpfe, anstatt ehrliche Polemik ist die Devise des „Bad. Landmann“. Als wir in Nr. 184 das Blättchen wegen seiner Notiz über die Zuderpreisnotierungen der leichtfertigen Berichterstattung zitierten, so kamen wir das deshalb, weil wir aus Handelskreisen in hiesiger Stadt erfahren hatten, daß diese Notiz tatsächlich irreführend wirkte. Das ist ja begreiflich. Daß der übergroße Teil der breiteren Bevölkerung die Handelsnotizen nicht so versteht, wie sie verstanden werden müssen, wird jeder zugeben. Die meisten genauen außer der primitiven Schulbildung in der Volksschule, Fortbildungsschule usw. weiter keine Aufklärung über derartige Fragen. Und was in diesen Anfängen gelernt werden kann, ist sicherlich nicht so groß, um sich in diesen Handelsfragen so ohne weiteres zurechtzufinden. Aber anstatt das gerechterweise anzuerkennen, belästigt das Blättchen den „Volksfreund“ in

christlicher Nächstenliebe wütend an. Der Berichtersteller wird als mit „beschränktem Unternehmungsverstand“ ausgerüstet usw. bezichtigt. Wir machen uns aus all den Ergüssen aus einem von christlicher Nächstenliebe überlaufenden Dergen nichts. Es ist nicht jedem Menschen vergönnt, sich in München-Glabbad den Kopf mit unübersehbarem Wissen bis zum Platzen voll pfeifen zu lassen. Wir sind aber der Überzeugung, daß neben dem Vorturf der „leichtfertigen Berichterstattung“ hauptsächlich die Feststellung der Preissteigerung des Zuders durch die vom Zentrum protegierte Zudersteuer diesen Anfall in der „Landmann“-Redaktion verursachte. Wir begreifen, daß es nicht angenehm ist, wenn bei Feststellung der Warenpreise immer wieder das volksverräterische Gebahren der Zentrumspartei an den Branger gestellt wird. Und das ist hauptsächlich beim Zuder der Fall. Das Zentrum hat es fertig gebracht, trotz des anerkannten gesundheitlichen und nährkrafthaltigen Wertes des Zuders, für Verbeibaltung der Zudersteuer von 14 M. pro Doppelzentner bis zum Jahre 1916 zu stimmen. Und das in einer Zeit, in welcher die Folgen einer wirtschaftlichen Depression schwer auf der arbeitenden Bevölkerung lasteten; in einer Zeit, in welcher das ganze werttätige Volk unter der gewaltigen Erhöhung sämtlicher Lebensmittelpreise zu leiden hatte. Wir glauben recht gern, daß diese Feststellung, daß die Zudersteuer auf den Zentner Zuder nahezu dessen Herstellungspreis (10.90 M.) erreicht, dem Zentrum nicht angenehm ist. Die Leute dürfen ja nicht darüber aufgeklärt werden, daß das Zentrum mit Schuld daran ist, wenn der Zuder pro Zentner um 7 M. durch die Steuer verteuert wird. Wir werden dieses Aufklärungsgeschäft aber weiterhin betreiben und wenn der „Landmann“ noch so viele Wutanfälle bekommt.

Bruchsal.

* Im Reichen des Verkehrs. Bruchsal kannte man bisher nur als denjenigen Ort in Baden, der den Schwerverbrechern oft auf Jahrzehnte eine „sichere Herberge“ bietet. Durch die Schlossrestauration hat es aber ein wesentlich anderes Bild, sowie auch einen besseren Ruf erhalten. Immer mehr fühlen sich Fremde angezogen und wer nur einigermaßen eine kurze Spanne Zeit hat, wird es nicht veräumen, den hiesigen Spal mit seinen vortrefflichen Pressomaterien, seinen wert- und kunstvollen Gobelins einen Besuch abzustatten. Kein Wunder, wenn immer mehr diese Städte zu einem Rendezvousplatz der kunstsinigen Welt sich entwickeln, immer mehr steigen sich die Nachfragen nach Führern, so daß man sich nun entschlossen hat, einen solchen durch die Verkehrsvereine unentgeltlich zu veranlassen. In demselben sollen auch die andern sehenswürdigkeiten hiesiger Stadt Beachtung finden. Demzufolge wird auch mancher Besucher obengenannter „Herberge“ einen Blick zuwerfen und sich dabei wünschen, niemals in Beziehungen mit derselben zu kommen.

* Abiturientenprüfung. Am Samstag begann dahier am Gymnasium die Abiturientenprüfung unter dem Vorsitz des Universitätsprofessors Herrn Boll aus Heidelberg. Es beteiligten sich daran 9 Schüler und 1 Schülerin der Oberprima.

Kastatt.

* Die Verwaltung der Pflö und Reichssteuern im Amtsbezirk Kastatt, soweit sie bis jetzt dem Hauptsteueramt Baden obliegt, wird mit Wirkung vom 1. Oktober von diesem abgetrennt und unter gleichzeitiger Aufhebung des Untersteueramts Kastatt dem Finanzamt Kastatt übertragen.

Offenburg.

* Vom Brauerkreise. Ein weiteres Beispiel ihrer „Arbeiterfreundlichkeit“ lieferte die Brauerei Munding mit einem Zeugnis, das sie einem Brauer ausstellte. Das Dokument, das so recht den Proben- und Rachezustand der Firma erkennen läßt, hat folgenden Wortlaut:

N. N. von Bolanden hat vom 16. April 1909 bis 1. Juli 1912 als Brauer und Mälzer bei uns gearbeitet. Die Mälzerei hatte er unter Aufsicht des Betriebsleiters selbständig zu besorgen. Mit seinen Leistungen waren wir zufrieden, ebenso mit seiner Führung, doch hat er die Arbeit infolge Streiks plötzlich verlassen. Offenburg, 10. Juli 1912. Gebr. Munding.

Wir dem letzten Satz wollen die Herren Munding dem Brauer keine fernere Existenz untergraben, ihn an seiner weiteren Arbeit hindern. Das ist echter Unternehmerethos. Ehe der Mälzerei, Herr Otto Munding, das Zeugnis ausstellte, erkundigte er sich erst beim Gewerbeamt, ob der letzte Satz in daselbe aufgenommen werden könne. Er war anscheinend seiner Sache, wie bei der Entschädigungslage wegen Kontraktbruch der Arbeiter, nicht recht sicher. Man hätte aber u. E. Herrn Munding auf dem Gewerbeamt nahelegen sollen, einen solchen Passus ins Zeugnis nicht aufzunehmen.

* Aus der Stadtratsitzung vom 18. Juli. Anstelle des sehr reparaturbedürftigen Waldhüterhauses bei der städt. Zielgeschütze soll nach vorgelegtem Plan des Hochbauamts mit einem Aufwand von 8500 M. aus Mitteln des Jubiläumsfonds ein Fortwärterhaus erbaut werden. — Mit Zustimmung des Stadtrats hat der Vorstand des Tiefbauamts, Herr Stadtbauamtsleiter Lieberum, die Aufficht über die Errichtung des neuen Turmes auf dem Hohen Horn übernommen. — Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der Niederschrift über die Abnahme der mechanischen Reinigungsanlage nach dem Entschärfungssystem und vom Begleitschreiben der Firma Geirich Scheven in Düsseldorf vom 10. d. M., womit Befürchtungen über etwa eintretende Mängel im Betrieb vollkommen beseitigt werden, sowie von der schriftlichen Erklärung des Unternehmers Ritter vom 14. Juni d. J., wonach dieser sich bereit erklärt, nach einjährigem Betrieb die Dichtigkeit der Anlage nachzuweisen. Die Abnahme vom 20. d. M. ist eine fürsorgliche und die Stadt behält sich damit alle aus dem Vertrag hervorgehenden Rechte vor. Die endgültige Abnahme ist vor Ablauf der zweijährigen Garantiezeit vorzunehmen. Damit sind die Interessen der Stadt gewahrt. — Auf Erjuchen des hiesigen Regiments wird diesem in jeder Zeit widerrechtlicher Weise gestattet, auf dem Exerzierplatz in der Nähe des Schafstalles einen Solzschuppen von 8 Meter Länge und 2 Meter Tiefe zur Aufbewahrung eines Flugdrachens auf seine Kosten zu bauen. Für etwaige Beschädigungen, die sich aus der Anlage ergeben sollten, wäre das Regiment haftbar. — Die zur Vererbung ausgeschriebene Stelle eines Heizers im neuen Krankenhaus ist dem Schlosser August Günther beim städt. Elektrizitätswerk übertragen worden. — Gärtner Schulz bei der Stadtgärtnerei wird als Stadtarbeiter im Sinne des § 1 des Arbeiterstatuts eingereiht. — Das gr. Unterrichtsministerium hat dem Stadtrat Mannheim auf die Vorstellung der Oberbürgermeister der Städteordnungsstädte die Nachricht zugehen lassen, daß es einstweilen für das laufende Jahr gestattet, daß die Spätjahrsferien der Volksschulen auf die Dauer von 6 Wochen ausgedehnt werden, ohne daß die weitere Woche in die Gesamtdauer der Ferien von 8 Wochen einzurechnen wäre.

* Rehl, 22. Juli. Der Raminbauer Schaaf begann vorgerstern in der Mühle mit dem Bau eines neuen Kaminens. Nachdem er die Ausschachtung beendet hatte, brach diese plötzlich zusammen und begrub ihn unter sich. Schaaf erlitt dadurch schwere innere Verletzungen.

* Not, 22. Juli. Gestern abend brannten in dem Anwesen des Schreiners G. Wilhelm die Werkstätte sowie Scheuer und Stall nieder. Das Vieh konnte gerettet werden. Der Schaden beträgt gegen 4000 M.

* Heilbronn, 22. Juli. Vom Oberlauf des Neckars wird ein rasches Steigen infolge der letzten heftigen Regengüsse gemeldet. In Heilbronn hat sich der Wasserstand seit Samstag um 1 1/2 Meter erhöht.

* Brühl, 22. Juli. Heute vormittag flog kurz vor 11 Uhr das Luftschiff „Schütte-Lanz“ von der Luftschiffhalle aus zu einer Fahrt nach Darmstadt auf. Das Luftschiff trat seinen Rückweg über Mannheim an und landete um 2 Uhr wohlbehalten vor der hiesigen Luftschiffhalle.

* Mannheim, 21. Juli. Aus Liebestummer gab im Waldpark der 24jährige ledige Schneider Oskar Peret aus Karlsruhe 3 Revolverkugeln auf sich ab. Der Lebensmüde ist kurze Zeit darauf gestorben, er hatte wenige Stunden vor der Tat von seiner Geliebten einen Abschiedsbrief erhalten.

* Saslach i. R., 21. Juli. Im benachbarten Fischerbach wurde das Haus des Wagners Keller durch Feuer vollständig zerstört.

* Furtwangen, 21. Juli. Die Volkskunstausstellung hat einen guten Besuch aufzuweisen. Sie hat verschiedene Ausstellern bereits Bestellungen nach dem Muster der Ausstellungsgegenstände eingetragen.

* Weiler-Rosenbach, 21. Juli. In vergangener Nacht brannte das Anwesen des Wagners Keller, bestehend aus einem Wohnhaus und Oekonomengebäude vollständig nieder. Von den Habschriften konnte nur wenig gerettet werden.

* Rappenhau, 21. Juli. Ein in der Scheuer des Weidemeisters J. Müller ausgebrochenes Feuer verbreitete sich auch auf die Scheuer des Landwirts Freudenberger. Beide Scheuern wurden mit ihrem reichen Fruchtinhalt vollständig in Asche gelegt.

* Säckingen, 21. Juli. In Bergalingen schlug der Blitz in das Haus des Landwirts Bartholomäus und zündete. Das Haus brannte vollständig nieder. Außer den Habschriften vom Viehbestand ein Gemeindefarren, ein Hund und ein Schwein mitverbrannt.

* Waldshut, 22. Juli. Auf der Landstraße zwischen hier und Eßloch wurde am Samstag abend ein Mädchen aus dem letzteren Orte von einem Unbekannten überfallen und in den nahen Wald geschleppt, wo der Mann ein Sittlichkeitsverbrechen zu verüben suchte. Der Täter wurde amn Tage in Tiengen verhaftet; er ist eine gefährliche, mit Zuchthaus schon wiederholt vorbestrafte Persönlichkeit.

* Das Reichsgericht hat in einem kürzlich entschiedenen Rechtsstreit eine Omnibus-Aktien-Gesellschaft für den durch ihren Aufsicht verschuldeten Schaden für haftbar erklärt und den in § 831 B.G.B. enthaltenen Entlastungsbeweis nicht als erbracht angesehen, weil die Gesellschaft zwar bei Einstellung eines Aufsichters mit der erforderlichen Sorgfalt vorgegangen war, aber den Beweis einer fortwährenden wachsamem Aufsicht über denselben während seiner Dienstzeit nicht zu erbringen vermochte. Das Ministerium des Innern hat die Bezirksämter und Ortspolizeibehörden angewiesen, den Arbeitgebern auf jeweils von ihnen zu stellenden besonderen Antrag sämtliche Verstrafungen ihrer Aufsicht und Chauffeure wegen Unachtsamkeit strafpolizeilicher Vorschriften mitzuteilen, soweit diese Verstrafungen durch die Behörde erfolgt sind, an welche die Anfrage gerichtet ist.

* Die amerikanischen Lehrer in Heidelberg. Auch Heidelberg hat nun den Besuch der amerikanischen Lehrer erhalten. In der Stärke von 200—250 Personen, wovon das Gros Damen waren, traf die Reisegesellschaft vormittags von Mannheim kommend in Heidelberg ein. Die Heidelberger Lehrerschaft übernahm Empfang und Führung. Die Universität begrüßte die Gäste durch ihren Rektor, die Stadt hat den Gästen ein Schloßkonzert nebst Beleuchtung der Ostfassade des Schloßturmes. Unter einem äußerst fröhlich und programmwidrig zwischenfahrenden und anbaundernden Regen hatte die ganze Veranstaltung schwer zu leiden. Am Montag vormittag fand eine Besichtigung der städtischen Sammlungen und der Phot. Ausstellung statt.

* Warnung. Nach Mitteilung des kaiserl. Konsulats in Paris ist der Leiter des Privatunternehmens „Institut für Radiophon“ (jetzt Institut Mann) G. A. Mann, der durch Anzeigen in deutschen Zeitungen Reklame für sich macht und alle möglichen Krankheiten auf schriftlichem Wege zu heilen verspricht, durch Urteil der 10. Kammer des Pariser Polizeigerichts vom 20. Dezember 1910 wegen unerlaubter Ausübung ärztlicher Tätigkeit zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten und einer Geldbuße von 3000 Franken verurteilt worden. Ungeachtet seiner Verurteilung hat Mann, wie zahlreiche beim Konsulat über ihn eingegangene Anfragen aus allen Gegenden Deutschlands ergeben, sein gemeingefährliches Treiben fortgesetzt. Das Institut ist auch dem kaiserl. Reichsamt für Gesundheitswesen und dem Reichsamt für Privatpersonen über die Geschäftsbefugnisse des Mann zugegangen sind. Warnungen vor dem Institut sind bereits von verschiedenen Stellen, unter anderem auch von dem Ortsgesundheitsrat Karlsruhe, erlassen worden, ohne daß es anscheinend gelungen ist, dadurch dem schwindelhaften Unternehmen mit Erfolg entgegenzutreten. Es muß daher auch neuerdings vor diesem Unternehmen entschieden abgewart werden.

* Verlehrsband für Baden. Aus der großen Anzahl der in den letzten Jahren erschienenen Reiseleiter führt uns soeben das „Verlehrsband für Baden“ zu. Nach dem Inhalt ist daselbe von Bürgermeister J. de Pellegrini in Triberg verfaßt und vom Badischen Landesverband zur Hebung des Fremdenverkehrs in Karlsruhe herausgegeben worden. Der beschreibende Teil des „Verlehrsbandes“ umfaßt in 10 Abschnitten alle Gebiete des Badener Landes; etwa 200 einfarbige Bilder und 16 Seiten Schwarzdrucke unterstützen den textlichen Inhalt auf das glückliche. Außerdem sind dem „Verlehrsband“ Stadtpläne von Mannheim, Karlsruhe, Freiburg eine Reliefkarte von Freiburg mit dem südlichen Schwarzwald und eine große Karte des Großherzogtums Baden beigegeben. In einem gediegenen Kaligoeinband und einem Umschlag der bekannten Kunstmalers Döhrer, ist das „Verlehrsband“ ein Zierde in der modernen Reiseleiterart und wird sich sicher viele Freunde erwerben. Der Verkaufspreis ist weit unter dem Selbstkostenpreis auf 1 M. festgesetzt. Für können unsere Lesern die Anschaffung des Werkes, das auch im Buchhandel erhältlich ist, nur angelegentlich empfehlen.

Talsperre bei Triberg (Schwarzwald).

Man schreibt uns: Die Wassertraktanten an der Gutach haben beschlossen, einen ausführlichen Entwurf für die Verbesserung der Abflußverhältnisse in der Gutach auszuarbeiten zu lassen. Die Projektarbeit ist dem wasserbautechnischen Beirat des Verbandes Südbadischer Industrieller, Diplomingenieur Karl Klügel-Karlsruhe, übertragen worden. Es besteht die Absicht, durch Anlage einer Talsperre oberhalb der Triberger Wasserfälle das Wasser aus dem an der vorgesehenen Abwehrstelle circa 20 qkm großen Einzugsgebiet des Fallbachs bezant in seinem Abfluß zu regulieren, daß diejenigen Wasser-

Unterhaltungsblatt zum Volksfreund. für seine jüngeren Leserschichten. Der Herr Reichsminister wird doch schon über solche Dummbelien hinaus sein. Der neueste Bund. Zu der neuen Gründung, die mir schon

menen, die das normale Mittelwasser übersteigen, dortselbst zurückgehalten und zu Zeiten geringeren Zuflusses an die Triebwerke des Gutachtals für den normalen Tagetrieb abgegeben werden. Der für diesen regulierten Abfluß des Wassers erforderliche Stauraum würde 5 Millionen cbm betragen. Die Vorstudien haben ein sehr günstiges Resultat ergeben, sodaß wohl angenommen werden darf, daß, falls die spezielle Entwurfsbearbeitung zu ähnlichen Ergebnissen führen sollte, der Bau der Sperrre verwickelt werden wird. Die Wasserkräftinteressenten des Gutachtals, die fast ausschließlich durch die reichlich anbauende Niederwasserstände und Wasserflüssen in ihren Betrieben stark beeinträchtigt werden, erwarten durch die Anlage einer Ausgleichsperre erhebliche Vorteile, da sie durch die Regulierung der verbesserten gleichmäßigeren Wasserabflußverhältnisse eine größere Wasserkraft und somit im weiteren Sinne eine bemerkenswerte Unabhängigkeit von teuren Dampfmaschinen und dadurch auch eine erhöhte Leistungsfähigkeit bei billiger Kraft im wirtschaftlichen Kampf mit der Konkurrenz erlangen.

Die vielfach gehegte Befürchtung, daß durch den Einbau einer Talperre die weithin berühmten Triberger Wasserfälle in ihrer Wasserführung beeinträchtigt und somit der landschaftliche Reiz dieser von der Natur überaus reich bedachten Gegend Schaden leiden würde, ist nicht nur vollkommen unbegründet, sondern es werden vielmehr später infolge der Wasserregulierung das ganze Jahr hindurch weit größere Wassermassen als jetzt in normalen oder gar im trockenen Sommer die Fälle hinabstürzen. So hat also außer den Wasserkräftinteressenten auch die Stadt Triberg, die stets auf die Hebung des Fremdenverkehrs bedacht ist, an der weiteren Entwicklung der Talperrenangelegenheit das größte Interesse, da bei den jetzigen Verhältnissen gerade zur Zeit des stärksten Fremdenverkehrs, also in den Monaten Juni bis September, die Wasserfälle so geringe Wassermengen führen, daß in besonders wasserarmen Zeiten die vielgepriesene Schönheit der Triberger Wasserfälle tatsächlich stark beeinträchtigt wird. Aber auch der Ort Schönwald, bis zu dessen unteren Häusern hinauf sich der über die Fläche von etwa 1 qkm ausgedehnte Stausee erstrecken wird, wird sich durch den sicherlich eintretenden verstärkten Touristenverkehr und durch den Zugang von Sportfreunden (Segel-, Ruder- und Gletsport) über die beabsichtigte Umgestaltung in Hinblick auf die hieraus ihm erwachsenden materiellen Vorteile wohl nicht zu beklagen haben, sodaß mithin für alle beteiligten Parteien, Individualitäten einerseits und Gemeinden andererseits, nur Vorteilhaftes sich durch die Erfüllung der Stauanlage erreichen läßt. In richtiger Erkenntnis und in sachgemäßem Verständnis für diese für das gesamte Gutachtal so überaus wichtige Angelegenheit haben sich daher alle Interessenten zusammengesetzt, um durch ihr gemeinsames Vorgehen die Sache nach Kräften zu fördern und die Verwirklichung des Projektes herbeizuführen.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 23. Juli.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Mittwoch, 31. Juli, findet die jährliche Generalversammlung statt, auf welche wir die Genossen und Genossinnen jetzt schon hinweisen möchten.

Sozialdemokratische Bürgerauschussfraktion.

Morgen Mittwoch abend 7/9 Uhr in der „Wacht am Rhein“: Fraktionsitzung. Wegen wichtiger Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen erwünscht.

Achtung, Weststadt!

Die Parteigenossen werden ersucht, sich Mittwoch im Restaurant „Palme“ punkt 8 Uhr einzufinden zu wollen. Es ist dringend notwendig, daß möglichst alle anwesend sind. Der Obmann.

„Wissen ist Macht!“

Jeder Arbeiter muß bestrebt sein, sein mangelhaftes Wissen und Können zu verbessern. Je mehr er dieses tut, umso leichter wird ihm das Fortwärtkommen im wirtschaftlichen Leben und es bietet sich hierzu jedemann Gelegenheit genügend. Als ein Hilfsmittel der Weiterbildung muß auch die Stenographie bezeichnet werden, deren Beherrschung den Gedanken- und Schriftverkehr erleichtert. Gerade der Arbeiter braucht eine moderne Schrift. Sie erleichtert den schriftlichen Verkehr und garantiert für eine getreue Wiedergabe von Verhandlungen in den Protokollen. Es sollte daher kein Arbeiter, vor allem aber nicht unsere Jugend verschmähen, einen Stenographiekurs „System Arends“ zu absolvieren. Die Lehrgänge betragen nur 3 Mk. und der eigentliche Kurs 10 Stunden. Der Arbeiterkassenrat hat eine rein proletarische auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation, die eine radikale Umgestaltung unseres Schriftverkehrs anstrebt. Anmeldungen nimmt Bernauer, Luisenstraße 51, entgegen.

Der Süddeutsche Eisenbahnerverband

nahm in einer am verflochtenen Sonntag im vollbesetzten Saale des Café Novada stattgefundenen öffentlichen Versammlung einen Vortrag des Landtagsabg. W. Kolb entgegen, welcher über die „Behandlung der Arbeiter- und Beamtenpetitionen“ referierte. Der Referent führte aus, daß unter den 300 an den Landtag eingelaufenen Petitionen sich nicht weniger als 63 betrafen, welche von den Arbeitern und Beamten des Staates betrübten. Während die Beamten in der Hauptsache der Anstellung- und Beförderungsverhältnisse halber petitionierten, sahen dieses die Staatsarbeiter um bessere Entlohnung und zur Schaffung geregelter Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Die Petitionen erfuhren eine eingehende Behandlung in verschiedenen Kommissionen; wenn trotzdem nur Weniges erreicht werden konnte, so ist dieser Umstand der totalen Unkenntnis der Arbeiterverhältnisse eines großen Teiles der Abgeordneten zuzuschreiben. Dieses Unverständnis trat schon zutage bei dem Verlangen der Eisenbahnarbeiter nach Schaffung eines Lohnscharifes auf korporativer Grundlage. Die Regierung lehnte dieses Verlangen ab, ebenso die Mehrheit der Abgeordneten. Die Begründung, daß die Regierung den Wunsch nicht erfüllen könne in Anbetracht der Budgetrechte der Kammer, ist praktisch hinfällig, da dieselbe sehr wohl Verträge abschließen und der Kammer zur Genehmigung präsentieren könne; dadurch würde der Kammer überdies sehr viel Arbeit erspart, aber einerseits fehle der Wille, andererseits das Verständnis. Das Gleiche trifft auch für den Wunsch der Beamten nach Schaffung eines Beamtenauschusses zu, welcher ebenfalls von der Mehrheit abgelehnt wurde. Wenn von der Regierung darauf hingewiesen wurde, daß, im Falle sie auf Schaffung von Vertreten auf korporativer Grundlage den Arbeitern quasi das Streikrecht zugesteh, so ist das irrig. Unter normalen Verhältnissen werden die Eisenbahnarbeiter niemals streiken, wenn aber die Situation so ungezügelt würde, daß ihnen nichts anderes mehr übrig bliebe, dann erst würden sie dieses Mittel ergreifen, ohne zu fragen, ob die Regierung es erlaubt, oder nicht. (Sehr richtig!)

Die Abschaffung der Affordarbeit ist eine der wichtigsten Forderungen in der Petition der Eisenbahnarbeiter. Das frühere Affordsystem in den staatlichen Eisenbahnverhältnissen zeitigte ganz unglückliche Zustände, von welchen die verantwortlichen Herren offenbar gar keine Ahnung hatten. Die Sache kam in Fluß, als ich vor einigen Jahren in der Kammer diese üblen Zustände aufdeckte, man war damals in der Mehrheit der Überzeugung, daß die Affordarbeit abgeschafft gehöre; auch die Regierung setzte keinen starken Widerstand entgegen. Trotzdem aber wurde die Affordarbeit nicht abgeschafft, sondern das alte System durch ein neues ersetzt, das heute noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann. Wiederholt wurde die Abschaffung der Affordarbeit verlangt, aber ohne Erfolg. Die Regierung weigert sich und verweist auf eine von ihr bei den Hebelbergern Magazinarbeitern angestellte Probe der Wirkung des Zeitlohnes. Aufgrund dieser Probe glaubt sie behaupten zu dürfen, daß beim Affordsystem billiger und mehr gearbeitet würde. Nun fußt aber das neue Affordsystem auf der gleichen Basis, wie das alte, es hat deshalb jetzt schon, und wird es für die Zukunft immer mehr tun, genau die gleichen Mißstände, wie vormals, erzeugt. Die Regierung arbeitet nicht zweckmäßig. Während der Privatunternehmer seinen Angestellten und Beamten für Anregungen noch besserer Ausnutzung des Betriebes dankbar ist, bedeutet man im Staatsbetriebe, den „nachgeordneten“ Stellen, daß sie nichts zu sagen haben. Alles wird vom grünen Tisch aus gemacht und zwar ohne jedes Verständnis der wirklichen Sachlage. Es ist aufgrund eines Berichtes im „Volkstempel“ gegen mich der Vorwurf erhoben worden, ich hätte mich für die Affordarbeit ausgesprochen; das ist nicht richtig. Der Bericht war ungenau. Für die Eisenbahner wäre es aber der größte Fehler, jetzt über das ihnen von der Regierung aufgenötigte Affordsystem zu räsonieren, notwendig ist, in aller Ruhe Material zu sammeln, welches darthut, daß bei der Art des Eisenbahnverhältnisses die Affordarbeit unzulässig ist. Wäre die Art der in unseren Eisenbahnverhältnissen zu leistenden Arbeit durchweg so, daß sie gut im Afford, also nach unüberwindlicher Schablone, gemacht werden könnte, würde ich mich nicht dagegen aussprechen. Immer aber muß in Betracht gezogen werden, daß jedes Affordsystem schlimme Nebenwirkungen erzeugt. Durch die Selbsteinstellung, mehr zu verdienen, wird Neid und Mißtraut erzeugt und das Drauf- und Draufarbeiten bewirkt vorzeitigen Tod und Krankheiten. Die Arbeiter sollten in solchen Fällen mehr Selbstziehung betätigen und sich der Verantwortung und Verpflichtung ihrer Familie gegenüber besser bewußt sein; durch Aufklärung und Selbstschutz kann man dem durch die Affordarbeit geförderten Egoismus steuern.

Dem in der Petition geäußerten Wunsche nach Verminderung der Ortsklassen von 4 auf 3 hat die Regierung Verständnis entgegengebracht. Die Abhebung der Lohnklassen nach Stadtgrößen ist an sich schon ein Unrecht und der Ratbestand, daß bei den Beamten eine solche Unterscheidung nicht gemacht wird, kann dem berechtigten Verlangen der Arbeiter, vorerst wenigstens die Zahl der Lohnklassen zu vermindern, nur Nachdruck verleihen.

Andere Forderungen, wie die volle Entlohnung bei Krankheit und militärischen Übungen fanden teilweise Entgegenkommen, während die Regierung dem Verlangen, daß jeder Arbeiter nach 14jähriger Probezeit als ständiger Arbeiter eingestellt wird, Widerstand entgegensetzte. Es ist bezeichnend für den Geist der Regierung und der Verwaltungsbefehde, daß sie gerade bei den an sich kleinlichen Forderungen die stärkste Opposition macht.

Die Regelung der Dienst- und Ruhezeit ist für den Eisenbahnbetrieb eine unerlässliche Forderung. Hier muß aber auch konstatiert werden, daß bestehende Bestimmungen von dem Personal selbst umgangen werden. Freiwillig werden mitunter die Dienststunden ganz bedeutend ausgedehnt und die Aufsichtsbeamten — merken es nicht. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden wurden nur gute Erfahrungen gemacht, das gleiche wäre bei einer weiteren Verkürzung derselben auf 8 Stunden der Fall. Die Lust zur Arbeit ist bedingt von der Lust zum Leben; die Arbeit allein tut es nicht. Wenn man dem Arbeiter Lust gibt, sich auch etwas in Freiheit zu ergehen, dann geht er freudig wieder an die Arbeit und leistet mehr und besseres, als wenn er im Stumpfsinn dahingleiten muß. Leere Ausreden sind es, wenn von der Regierungsbank immer wieder dem Verlangen nach gleichlicher Regelung der Arbeitszeit entgegengehalten wird: „Das kann Beden nicht allein machen, das bedarf der Vereinbarung mit den Nachbarstaaten.“ Es gibt kein Gesetz, das der Regierung verbietet, hier bahnbrechend vorzugehen, wenn sie — wollte. Das Zentrum hat leider die Regierung in ihrer Ablehnung unterstützt und gegen gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit gestimmt.

Für die höheren Beamten ist allerdings der Achtstundenbeitrag festgelegt, allein die Herren halten sich gar nicht an ihre Arbeitszeit; sie kommen und gehen nach Belieben. Wenn unsere Staatsmaschine so teuer arbeitet, so nicht zum Geringsten deshalb, weil der größte Teil der Beamten ihre pflichtgemäße Arbeitszeit nicht einhält und in dieser Beziehung die Regierung merkwürdigerweise keine Ordnung in diese Sache bringen kann. Mit 6 Prozent Unterbilanz arbeitet die Beamenschaft und unter solchen Umständen müßte jeder Privatbetrieb den Bankrott anfragen. Es muß darnach getrebt werden, die Lust zwischen den Beamten und Arbeitern zu verringern. Dieses auch bezüglich des Urlaubes und der Freizeitarbeit. Ein Beamter hat ohne weiteres auf wochenlangen Urlaub und auf Freizeitarbeit auf dem ganzen Kontinent Anspruch, wohingegen ein Arbeiter 35 Jahre lang im Betrieb schuften muß, um nur 14 Tage Ferien zu erhalten; an eine Freizeitarbeit ins Ausland braucht er meistens nicht zu denken, denn bei ihm werden „international“ Schwierigkeiten ins Feld geführt. Wenn die Regierung ernstlich wollte, könnte ganz sicher ein Ausgleich auch in dieser Sache geschaffen werden. Es ist dringend notwendig, daß die Rechte der Arbeiter auszufüllen erweitert werden; der Regierung würde ein Ausbau dieser Institution selbst zum Vorteil gereichen. Desgleichen muß angestrebt werden, daß auch die Betriebsstätten der Privatbahnen der Gewerbeinspektion unterstellt werden.

Des ferneren ist anzuerkennen, daß die Gehaltsklasse K3 der unteren Beamten im allgemeinen zu niedere Gehaltsätze aufweist, wodurch mancher mit dem Einkommen in die Beamten-eigenenschaft in seinem Einkommen geschädigt wird. Der Landtag stimmte einer diesbezüglichen Vorlage zu, es wird aber abzuwarten sein, ob die Regierung diesem Verlangen nachkommen wird. Auch bei der mittleren Beamten sind die Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse teilweise mangelhaft. Die Herren sollten sich aber vor Uebertreibungen, wie sie da und dort zutage treten, hüten.

Ein Antrag der Sozialdemokratie auf Gewährung von Zulagezulagen wurde abgelehnt. Die Regierung begründete ihren ablehnenden Standpunkt mit dem Hinweis auf die Beständigkeit der verteuerten Lebensweise. Es ist nun trotzdem gelungen, die Regierung zu bewegen, in den Nachtragsetat 600 000 Mk. einzuflehen, allein diese Summe ist völlig ungenügend, denn es würde ein großer Teil der Arbeiter garnichts, ein anderer 10 Pfg. und ein weiterer 20 Pfg. Zulage erhalten. Die Landstände waren sich darin einig, daß die Regierung dem nächsten Landtage eine Vorlage unterbreiten solle, welche diesen Mißstand beseitige. Redner schloß mit dem Hinweis, daß auch die Eisenbahner sich bewußt werden müssen, daß sie im Klassenkampf nicht hohes Geschick erwarten

dürfen, das könne einzig und allein nur im sozialen Staate erreicht werden.

Nachdem der Vorsitzende, Herr Müller, mit kurzen Worten darauf verwies, daß nun Stärkung der Organisation nach außen Not tue, und zur Mitarbeit aufforderte, konnte die Versammlung geschlossen werden. Zur einstimmigen Annahme kam folgende

Resolution.

„Die heute im „Café Novada“ stattfindende, vom „Verband Süddeutscher Eisenbahner“ einberufene öffentliche Eisenbahnerversammlung mit der Tagesordnung: Bericht über das Ergebnis der Arbeiter- und Beamtenpetitionen im badischen Landtag“, spricht der zweiten Kammer ihre Zufriedenheit darüber aus, daß bezüglich der Lohnfrage der feste Wille vorhanden war und auch zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Lohnverhältnisse der Eisenbahnarbeiter verbesserungsbedürftig sind und daß im nächsten Budget Mittel eingestellt werden sollen, um dieselben zu verbessern.

Die Versammlung kann nicht umhin, große Regierung gegenüber ihr Bedauern auszusprechen, daß sie dem allgemeinen und berechtigten Verlangen der Arbeiter und unteren Beamten nach Teuerungszulagen bzw. Lohnhöhung in nur ungenügender Weise Rechnung getragen hat. Die Versammlung spricht weiter die Erwartung aus und gibt sich der Hoffnung hin, daß große Regierung den Beschlüssen der zweiten Kammer nachkommt, wobei die Versammlung den Wunsch äußert, es sollen die Mittel im nächsten Budget benutzbar vorgeesehen werden, daß eine allgemeine Lohnhöhung durchgeführt werden kann.

Des weiteren begrüßt die Versammlung den Beschluß der zweiten Kammer, die Dienst- und Ruhezeit gesetzlich festzulegen und spricht ihr lebhaftes Befremden darüber aus, daß das Zentrum und die Konservativen diesem Beschluß nicht beigetreten sind.

Bzüglich der Beamtenpetitionen erkennt die Versammlung an, daß seitens der zweiten Kammer, wie auch von Seiten der großen Regierung der feste Wille zum Ausdruck gebracht wurde, den berechtigten Wünschen der Beamten, soweit im Budgetnachtrag nicht geschehen, nach Möglichkeit baldigst Rechnung zu tragen.

Die städtische Archivkommission beantragte beim Stadtrat aus Anlaß des 200jährigen Stadtjubiläums 1915 ein für die stadthistorische Jubiläumsausstellung 1915 bestimmtes Modell aus dem Jahre 1730 anfertigen zu lassen. Das Modell soll unter Zugrundelegung der beiden im städtischen Archiv vorhandenen ältesten Ansichten aus der Vogelperspektive von 1730 auf einer armierten Gipsplatte ausgeführt werden und ein charakteristisches Bild der gesamten radialen Anlage der Stadt einschließlich des Schloßgartens und der angrenzenden Teile des Wildparks und des Hardtwaldes geben.

Bei der städtischen Sparkasse betrug im Monat Juni die Zahl der Einlagen 5 972 (1911: 5 912) mit einem Gesamtbetrag von 804 647 Mk. (868 640 Mk.). Davon entfallen 164 513 Mk. (186 900 Mk.) auf 560 (544) Neueinlagen. Abhebungen fanden 4 899 (4 944) statt im Betrage von 925 000 Mk. (800 085 Mk.).

Anfall. Gestern vormittag fuhr ein hier wohnhafter, 44 Jahre alter Sipser an der Straßenkreuzung Luisen- und Wilhelmstraße mit seinem Fahrrad gegen ein Fußrad. Er stürzte unter das Fußrad, dessen linkes Hinterrad ging ihm über die Brust. Auf Anordnung eines herbeigerufenen Arztes mußte der Verletzte mittels Krankenautos ins städt. Krankenhaus verbracht werden.

Bade-Dieb. Im Bierkeller hier wurde gestern abend einem Herrn aus einer Badekabine eine goldene Brillenbrille mit Kette gestohlen. Die Uhr hat flachen glatten Mißdebel und innen im Deckel die Fabriknummer 16724, die Uhrkette besteht aus vier langen schmalen Gliedern, die mit kleinen Gliedern verbunden sind, Gesamtwert 300 Mk.

Vom Polizeikommissariat wird uns geschrieben: Am 12. Juli ds. Js. belästigte in Frankfurt a. M. ein unbekannter, vielleicht dem Mittelstande angehöriger Mann die Inhaberin einer Schankwirtschaft in der Bahnhofsgasse in deren Lokal mit unfittlichen Nebenarten und Schlang ihr plötzlich, unter dem Vorwande, ihre Unterarme messen zu wollen, ein etwa ein Meter langes Stück Bindfaden um den Hals, anscheinend um sie zu erwürgen. Die Ueberfallene mußte dieses jedoch rechtzeitig zu vereiteln. Als dann ein weiterer Gast erschien, entfernte sich der Unbekannte schleunigst. — Am folgenden Tage hat sich in Frankfurt a. M. im Hauptbahnhof ein unbekannter Mann einem anderen Mann gegenüber als der Wäber der Witwe Zimmermann in Cronberg bezeichnet. Seine Festnahme konnte jedoch nicht erfolgen, weil er sich vor dem Eintreffen der benachrichtigten Polizei entfernt hatte. Nach der Beschreibung, die beide Zeugen von dem Unbekannten geben, scheint es sich um ein und dieselbe Person zu handeln. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Person mit dem Cronberger Mord in Beziehung steht. Der Mann wird wie folgt beschrieben: circa 35 Jahre alt, 1,75 Meter gr., blondes Haar, blondes Schnurrbart, blaues, breites rundes Gesicht, trag brauner Anzug und braunen weichen Filzhut, rechtes Bein X-förmig. Um Nachforschung nach der Person und Mitteilung wird erucht.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Stadgartentheater. Man schreibt uns: Zum 5. Male wird heute im Stadgartentheater die fröhe Operette „Mit-Wien“ über die Szene. Das Publikum bejubelt allabendlich das Werk und die Darsteller. Rühlich sind Musik und Handlung, getaucht in echten, unerschöpflichen Humor. Die Damen: Conti, Richter, Schönbeck, die Herren: Ander, Lamberg, Ludwig, Warbed usw. stellen Figuren voll wahren Lebens auf die Bühne, und verhelfen dem Frohsinn zu seinem vollen Recht.

Seubergers „Opernball“, wohl mit der „Fledermaus“ die beste deutsche Operette, erscheint nach langer Pause wieder auf dem Spielplan. Zum Lobe des „Opernballs“ etwas sagen, hieße Worte verschwenden. Die Operette ist ein Meisterwerk. Die Besetzung: Conti, Richter, Fleischmann, Marschall, Richter, Schönbeck, Ander, Lamberg, Verhehen und Warbed ist eine sehr gute.

Stadgarten-Konzert. Morgen Mittwoch, den 24. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet im Stadgarten bei gutem Wetter wieder ein sogenanntes „billiges Konzert“ statt, dessen Ausführung der Kapelle des 1. Badischen Leibdragoner-Regiments Nr. 20 übertragen ist. Eintrittspreis: 10 Pf. (Musikgeld) für Inhaber von Stadgarten-Jahrestkarten, 20 Pf. für sonstige Personen. Inhaber von Kartentickets zahlen, wenn sie eine Karte ihres Festes entwerfen lassen, gleichwohl 10 Pf. Musikgeld, andernfalls 20 Pf. (10 Pf. Stadgarten- und 10 Pf. Musikgeld). Kinder und Soldaten zahlen die vollen Preise.

Luftschiffahrt und Flugsport.

Fliegerabsturz.

Brüssel, 22. Juli. In der Nähe des Flugfeldes von Berchem verunglückte der Flieger Ganciau mit seinem Passagier Ganciau wurde schwer verletzt, während sein Passagier unbeschadet blieb. Ganciau am Boden lag, stahl ihm ein Taschentuch sein Portefeuille.

no er ihr Gesicht nicht hob? Bei Zug nach ihm das Gesicht nicht unterhalten. überholt! Da fände ein anderer Erlebnis mit einem Luftschiff in ihm auf. Es regnete in Strömen und er fand die gefundene Strömungsgleichheit durch den...
...s sind eben noch Kinder, meinte der Lehrer, um...
...trifft die Frau trübsinniger, ich...
...sag es, meinetwegen auch immer, aber er wird immer...
...gleich so gornig und redt sich so fofortlich auf und das tut...
...redende Gruppe dreier Kinder. Ein Stintu" beordnete die mutige...
...Kat — beim in Spanien geht es nicht so zu, gegen den...
...Stachel der Stornowort zu läden, wie in spanische...
...Die so geachtete Lehrerin, so berichtet Dr. G. Schulle im...
...Numbert des März, hat inoffiziell, man müde hat...
...gige Staat in Deutschland, in der hier...
...beim Nationalkongress...
...noch einmal wie in Dresden zu sehen ist, was für ganz...
...bedeutend...
...Erfindungen.

Gerichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Sitzung vom 20. Juli.

Ein unüberlegter Streich. Anfangs April dieses Jahres erhielt der Tagelöhner Josef Martin Koll aus Kollersbach eine Gefängnisstrafe von 3 Wochen. Um sich einen Strafausschub bis nach Pfingsten zu verschaffen, richtete er, nachdem ihm eine Ladung zur Straferstehung zugegangen war, eine mit dem Namen seines Vaters unterzeichnete Eingabe an das Amtsgericht Ettlingen, in der es hieß, daß Koll sehr notwendig zu Feld- und Waldarbeiten gebraucht werde und in welcher gebeten wurde, den Termin für den Antritt der Strafe bis zum 15. Mai hinauszuschieben. Nähere Nachforschungen ergaben, daß Koll das Schriftstück an das Amtsgericht gefälscht hatte. Er mußte sich deshalb wegen Urkundenfälschung verantworten und erhielt für dieses Vergehen 8 Wochen Gefängnis, abzüglich 2 Wochen Untersuchungshaft.

In geheimer Sitzung gelangte die Anklage gegen den Tagelöhner Alois Ganz aus Vietenheim wegen Blutschande zur Verhandlung. Das gegen den Angeklagten erlassene Urteil lautete auf 3 Jahre Zuchthaus, abzüglich 6 Wochen Untersuchungshaft.

Feinere Fische. In einer Wirtschaft zu Pfaffenort verübte am 6. April der Goldschmied August Wolfinger aus Ottenhausen einen Betrug, indem er für 70 Pf. gezeigte und die Wirtin durch unwahre Angaben bestimmte, ihm ein Darlehen von 6 M. zu gewähren. Der Angeklagte, ein schon mehrfach bestraffter Betrüger, erhielt 8 Monate Gefängnis, abzüglich 15 Tage Untersuchungshaft.

Unlauter Uhren- und Fahrradhandel. Der Tagelöhner Karl Weber aus Niental kaufte am 31. März dem Jakob Herr in Niental ein Fahrrad für 30 M. ab, wobei vereinbart wurde, daß das Rad Eigentum des Herr bleibe, bis Weber den Kaufbetrag bezahlt habe. Trotz dieses Uebereinkommens verkaufte Weber bereits am 13. April das Rad, an dem er noch nichts abbezahlt hatte, für 10 M. an den Willibald Wipfel in Oberweuern. Der letztere wollte sich auf einen Kauf erst einlassen, wenn Weber ihm den Nachweis liefere, daß er für das Rad volle Zahlung geleistet habe. Der Angeklagte erklärte sich hierzu bereit und legte auch dem Wipfel eine Quittung mit der Unterschrift des Jakob Herr über 30 M. vor. Diese Quittung hatte Weber, wie sich später herausstellte, gefälscht. Im Laufe des Monats April schädigte der Angeklagte auch den Josef Türk in Baden. Er hatte diesen veranlaßt, ihm seine (Türks) Uhr zur Aufbewahrung zu geben, die er am 20. April für 7 M. verkaufte. Den Erlös verbrauchte Weber für sich. Der Angeklagte wurde wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Neues vom Tage.

Automobilunglück.

Darmstadt, 22. Juli. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich gestern früh gegen 7 Uhr in der Nähe von Heppenheim an der Bergstraße. Ein von Frankfurt kommendes Automobil stürzte beim Passieren einer Straßkurve um. Ein Passagier, der 35 Jahre alte Wertmeister Max Baruffe in Frankfurt wohnt, wurde getötet. Der Chauffeur namens Hoffert erlitt schwere Verletzungen am Hinterkopf.

Unfall bei einer Übung.

Dresden, 22. Juli. Ein schwerer Unfall ereignete sich auf dem Truppenübungsplatz in Königsbrunn bei Dresden. Der Soldat Heinrich vom Infanterie-Regiment 102 fand ein Artilleriegeschütz und hob es auf. In demselben Augenblick explodierte es und Heinrich wurde entsetzlich verstümmelt. Er erlag kurze Zeit darauf seinen Verletzungen. Zwei andere Soldaten wurden leichter verletzt.

Bootsunfall bei der Marine.

Königsberg, 22. Juli. Als das 2. Geschwader der Hochseeflotte aus 26 Schiffen bestehend gestern früh bei Ribben auf der Küste von Ostpreußen vor Anker ging, erhielten die Offiziere und Mannschaften Landurlaub. Als diese wieder zurückkehren wollten, war die Brandung so stark geworden, daß es schwer war, die Jollen und Barkassen durch die Brandung zu bringen. Eine Jolle vom Schiff „Thüringen“, mit 14 Offizieren und Mannschaften besetzt, kenterte und die Besatzung fiel ins Wasser. Die an Land befindlichen Offiziere eilten sofort herbei und retten den größten Teil ihrer Kameraden. Die Offiziere wurden sogleich wieder an den Strand gebracht, sie waren aber schon sehr erschöpft. Die Wiederbelebungsversuche hatten bis auf zwei von ihnen Erfolg. Ein Oberstabsarzt ist schwer erkrankt. Ein Zahlmeister und ein Sekretär wurden erst später aufgefunden, es war aber nicht mehr möglich, diese beiden ins Leben zurückzurufen.

Typhus-Epidemie.

Limburg, 22. Juli. Bei der in der Limburger Kaserne ausgebrochenen Typhus-Epidemie sind bisher 50 Soldaten erkrankt, von denen mehrere gestorben sind.

Schwerer Unglücksfall.

Sorau i. d. L., 21. Juli. Ein entsetzliches Unglück hat sich in dem Aderbürger-Städtchen Triebel bei Sorau zugetragen. Der Brunnenbauer Robisch stieg in einen von ihm selbst angelegten Brunnen, um sich über die Wasserverhältnisse zu orientieren. Von giftigen Gasen betäubt, stürzte er plötzlich in die Tiefe. Sein Freund, der Müller Klette, bemerkte den Unfall, und machte sich daran, den Verunglückten zu retten. Er wurde aber von demselben Schicksal betroffen. Jetzt eilte der Eigentümer des Brunnen, der Bierleger Sundermann herbei und stieg trotz der Warnung der Anwesenden in den Schacht. Auch er wurde von den giftigen Gasen betäubt. Schließlich wurde die Feuerwehre herbeigerufen, die den giftigen Gasen Abzug verschaffte und die drei Verunglückten zu Tage förderte.

Mord-Affäre.

Bernburg, 20. Juli. In der Nähe von Bernburg wurde gestern nachmittag ein 17 Jahre altes Mädchen bestimmungslos aufgefunden, das eine schwere Schusswunde im Kopf hatte. Ein Zettel, der bei der Verletzten lag, enthielt die mit Bleistift geschriebenen Worte, daß sie sich aus Liebeskummer das Leben genommen habe. Das Mädchen wurde ins Krankenhaus gebracht, wo es bald darauf starb. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben bald, daß das Mädchen ermordet worden ist. Der Verdacht lenkte sich auf den 23jährigen Sohn eines Bernburger Magistratsbeamten. Als dieser verhaftet werden sollte, erschoss er sich. Zweifellos hat er das Mädchen aus Eifersucht erschossen.

Sprengung eines Dzeandampfers.

London, 20. Juli. An der englischen Südküste wird der untergegangene Dzeandampfer „Ocana“ gesprengt. Das Meer ist weithin blutrot gefärbt, da der Dampfer eine große Einladung an Vord hat. Die Fische sterben zu Tausenden. Zahlreiche Touristen wohnten dem Schauspiel bei. Die Sprengungen dürften vier Wochen wegen der starken Ebullien in Anspruch nehmen.

Untergang eines Dampfers.

London, 22. Juli. Ein Radio-Telegramm berichtet vom Untergang des französischen Dampfers „Africain“ an der neufundländischen Küste in der Nähe von Longue. Die gesamte Besatzung habe den Tod in den Wellen gefunden. Einzelheiten über den Umfang der Katastrophe fehlen noch.

Die „Einrichtung“ des Säupflings und Mörders Lufarra.

Dar-es-salam, 20. Juni. Wir haben kürzlich gemeldet, daß der Mörder des katholischen Paters Loupias, der Säupfling

Lufarra, der seit etwa zwei Jahren von den deutschen und belgisch-kongoleseischen Behörden des Zwischenseegebietes auf das eifrigste, aber lange ohne Erfolg gesucht wurde, bei dem Sturm auf ein besetztes Lager zusammen mit seinem Freunde Mdukuze gefaßt worden war; Mdukuze war im Gefecht geblieben, Lufarra aber im summarischen Verfahren zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Unserm Mitteilungen ist nunmehr aus einem dieser Tage veröffentlichten offiziellen Bericht über die Einrichtung des Lufarra nachzutragen, daß Lufarra auf dem Wege zur Richtstätte trotz harter Fesselung es fertig gebracht hat, einem neben ihm gehenden schwarzen Unteroffizier (Schausch) das Seitengewehr aus der Scheide zu reißen und ohne daß die übrigen Leute der Eskorte es hätten hindern können, den Unteroffizier durch einen Stich ins Herz zu ermorden. Ueber die Wirkung dieser Tat auf die anwesenden farbigen Soldaten schreibt die „Deutsch-Ostafrikanische Rundschau“ wörtlich: „Daß die Afrikaner dadurch in eine große Aufregung versetzt wurden, die sich zur Wut steigerte, ist wohl verständlich. Von vielen Schüssen durchbohrt, wurde Lufarra mehr tot als lebendig zum Richtplatz geschleift und dort aufgenüpf.“

Selbstmord.

Neuhort, 20. Juli. Der Sohn des Großindustriellen Nathan Schwarz beging gestern Selbstmord, nachdem sein Vater ihm erklärt hatte, er sei ein Taugenichts, es wäre das Beste für ihn, sich das Leben zu nehmen. Der Sohn hat dies dann aufs Wort befolgt.

Schiffsunglück.

Neuhort, 20. Juli. Aus Nantudet traf die drahtlose Nachricht ein, daß an Bord des italienischen Dampfers Principe di Piemonte, der heute von Genua in Neuhort fällig ist, auf hoher See eine Kesselrohr-Explosion stattgefunden habe. Fünf Maschinisten wurden getötet, mehrere verletzt.

Massenhinrichtung.

Neuhort, 19. Juli. Der Appellationsgerichtshof von Albano bestätigte das über 6 Italiener wegen Ermordung der Birrin Hall in Westphalen verhängte Todesurteil. Die 6 Italiener werden zu gleicher Zeit im Singinggefängnis elektrisch hingerichtet werden.

Zur Neuhorter Polizeiaffäre.

Neuhort, 20. Juli. Die Unterjudung in der Mordsache Rosenthal ergab, daß Rosenthal von Mitgliedern einer berüchtigten Bande, die sich im Osten Neuhorts herumtrieb, erschossen worden ist. Sie hatten für ihre Tat ein Honorar von 6000 M. erhalten. Die Mörder waren von dem berüchtigten Spieler Jacques Moje gedungen worden und zwar, wie der Staatsanwalt behauptet, auf höheren Befehl, der dem Moje durch einen uniformierten Schutzmann überbracht wurde. Der Befehl, der von der obersten Polizeistelle ausging, lautete auf sofortigen Tod, weil Rosenthal Kerat begangen hatte.

Kapitän Smith von der „Titanic“?

Neuhort, 22. Juli. Kapitän Dehal, der in Seemannskreisen sehr bekannt ist und mit dem Kapitän Smith von der „Titanic“ befreundet war, will den letzteren kürzlich in Neuhort gesehen haben. Kapitän Smith habe angeblich zu ihm gesagt: „Ich bin jetzt sehr beschäftigt, halte mich nicht auf.“ Er soll ein Billet nach Washington genommen haben.

Letzte Nachrichten.

Der Konstanzer Presseskandal

wird nunmehr auch das Gericht beschäftigen. Wie bekannt, haben die Pressevertreter Veranlassung nehmen müssen, die Redaktion des Bad. Militärvereinsblattes auf Grund des § 11 des Preßgesetzes zu erziehen, eine preßgesetzliche Verurteilung gegen die willkürliche Erklärung des Verbandspräsidenten Generalleutnant Fritsch aufzunehmen.

Nun teilt die Redaktion genannten Blattes mit, daß sie diese Verurteilung nicht aufnehmen wird und führt Gründe an, die die Tatsache aus neue verstellen und unwahre Behauptungen bringen. Die hinausgewiesenen Pressevertreter haben die Sache nun der Staatsanwaltschaft in Karlsruhe übergeben, damit auf gerichtlichem Wege die Aufnahme erfolgt.

Streiks.

Achern, 22. Juli. Die Arbeiter der hiesigen Flaschenfabrik (vormals G. Böhringer u. Cie.) legten heute die Arbeit nieder. Von seiten der Arbeiter war eine Lohnerhöhung gefordert worden, welche die Fabrikleitung ablehnte.

Friedrichsfeld, 22. Juli. Der Streik der Arbeiter in der Deutschen Steinzeugwarenfabrik dahier ist nunmehr definitiv beendet. Nach einer Streikdauer von 7 Wochen haben die Arbeiter heute früh die Arbeit wieder aufgenommen. Gegen 60 Arbeitswillige sind gestern abgereist.

Weberausstand.

Augsburg, 23. Juli. In der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Amühle hat ungefähr die Hälfte der Arbeiterchaft wegen Lohnfreizügigkeiten die Arbeit niedergelegt.

Französisch-deutscher Grenzzwischenfall.

Strasbourg, 22. Juli. Von einem neuen Grenzzwischenfall erzählt man sich hier in Strasbourg: Am 26. Juni sei ein französischer Jägerleutnant mit spanischem Mann mehrere Kilometer weit bis nach Arbes im Weiltal vormalig vorgedrungen und habe das ganze Tal zu seinen Füßen bis Schlettstadt gesehen. Die Angelegenheit ist zur diplomatischen Behandlung den zuständigen Stellen überwiesen worden.

Die englischen Rüstungen.

London, 22. Juli. (Unterhaus.) Marineminister Churchill hielt heute seine Rede zur Begründung des Ergänzungslottentats und sagte einleitend, der unmittelbare Anlaß zu den Nachforderungen sei in dem neuen deutschen Flottengesetz (!) zu suchen, dessen Hauptmerkmale die Vermehrung der Streitmacht der dort verfügbaren Schiffe aller Klassen sei. Ungefähr vier Fünftel der gesamten deutschen Seemacht werde beständig in Dienst und zwar in Kriegsbereitschaft gehalten. Eine solche Vorbereitung sei bemerkenswert und — soweit er feststellen könne — gebe kein ähnliches Beispiel in dem bisherigen Verhalten moderner Seemächte. Eine kühl überlegende Tätigkeit methodischer Vorbereitung, die sich über aufeinanderfolgende Jahre erstreckt, könne allein den Sicherheitsüberschuss einer Seemacht an Streitkräften heben. Die Anspannung, welche Großbritannien zu tragen habe, werde eine lange und langsame sein und keine Erholung könne von einer impulsiven, ziellosen Handlungsweise gewonnen werden. Großbritannien müsse von seinem deutschen Nachbar lernen, bei dem die Flottenpolitik unerhütterlich auf ihr Ziel losgehe. Wir müssen, fuhr der Minister fort, einen großen Ueberdusch an Stärke haben, der sofort bereit ist. Der Flottennachtragsetat sieht keine übermäßig große Zahl von Neubauten vor, aber die Anzahl der Schiffe, die in den nächsten Jahren zu bauen sind, muß die Ziffern

übersteigen, auf denen die Admiralität sie zu halten gehofft hat. Es sei vorgesehen, weitere Unterseeboote zu bauen und der Bau von leichten Kreuzern solle beschleunigt werden. Die Vermehrung der Streitmacht der deutschen Flotte, wie sie durch das deutsche Flottengesetz festgesetzt sei, ziehe eine Reorganisation der britischen Streitkräfte nach sich (!), um den notwendigen Sicherheitsüberschuss zu erhalten. Er schlage vor, die Anzahl der voll in Dienst gestellten Schlachtschiffe von 28 auf 33 zu erhöhen. Eine zweite Flotte werde aus 8 Schiffen bestehen. Vom Jahre 1914 an werde Großbritannien 5 Schlachtschiffgeschwader haben und im ganzen 41 Schlachtschiffe. 4 von den 5 Geschwadern würden voll im Dienst stehen. Die vorgezeichneten Maßnahmen würden nach Ansicht der Admiralität den Bedürfnissen von 1914/15 angemessen sein. Die Regierung habe beschlossen, 6 ältere Schlachtschiffe aus dem Mittelmeer zurückzuführen und sie durch 4 Schlachtschiffkreuzer vom Invincible-Typ zu ersetzen.

London, 7. Juli. Nach weiterer Debatte wurde der Ergänzungskredit für eine Erhöhung des Mannschaftsbestandes der Flotte um 1500 Mann angenommen. Gegen die Gewährung des Kredites stimmten die Mitglieder der Arbeiterpartei und einige Radikale.

Zur türkischen Krise.

Wien, 22. Juli. Wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, sind in hiesigen politischen Kreisen wichtige Nachrichten aus Konstantinopel eingetroffen, die zu den größten Bedenken Anlaß geben. Es ist kein Geheimnis, daß das neue Ministerium, das der Sultan zu bilden bestrebt ist und an dessen Spitze Achmed Nufdar steht, im schärfsten Widerspruch zu der jung-türkischen Partei stehen wird. Wenn das jung-türkische Komitee sich diesem nicht fügt und auch auf seine politische Tätigkeit nicht verzichtet, so besteht die Gefahr, daß die Ereignisse von 1908, als die Jungtürken gegen Konstantinopel marschierten und die von 1909, als Mahmud Schewket Pascha mit den Garnisonen Saloniki und Adrianopel gegen die Hauptstadt voringing, sich wiederholen. Von den Jungtürken hängt es jetzt ab, ob die Türkei in einen neuen Bürgerkrieg geführt wird. Man mißt den nächsten Tagen große Bedeutung bei. Insbesondere gilt dies von dem Jahrestag der Gewährung der Verfassung.

Wien, 22. Juli. Privaten Meldungen aus Smyrna zufolge hat die gesamte dortige Kruppenmacht mit Ausnahme eines Bataillons sich gegen das Komitee und die ichtige Regierung ausgesprochen. Das regierungstreue Bataillon wurde entwaffnet und samt seinen Befehlshabern ins Gefängnis geleitet.

Kapitalistische Zivilisation.

Paris, 22. Juli. Das „Journal“ meldet aus London: Der aus Südamerika zurückgekehrte Reisende Meyers berichtet, daß ein gewisser Suarez sich in dem Gebiete des Beni-Flusses, eines Nebenflusses des Amazonenstromes, ein Königreich gegründet hat. Das Land ist außerordentlich reich an Gummibäumen. Diese werden von Suarez durch die 200 000 Eingeborenen des Gebietes ausgebeutet. Die Eingeborenen werden grausam behandelt. Suarez zwingt sie, in gewissen Zeitaltschnitten ein genau bemessenes Quantum Gummis zu liefern, andernfalls die Eingeborenen gequält werden. Weder Frauen noch Kinder werden dabei verschont.

Luftartillerie.

Paris, 22. Juli. Auf dem Flugfeld von Mourmelon fanden gestern und vorgestern interessante Versuche mit Wurfbomben statt. Hierbei sind sämtliche bisherigen Rekordleistungen geschlagen worden. Der Flieger Barcin erzielte bei 15 Würfen 10 Treffer und der Amerikaner Scott sogar auf 15 Würfe 11 Treffer.

Kämpfe in Mexiko.

Mexiko, 22. Juli. Eine Abteilung von 500 Mann Rebellen, die zu dem General Roja gehört, wurde in der Nähe von Madera auf einem Marsch über einen Gebirgspass von Indianern in einen Hinterhalt gelockt und gefangen genommen. Die Indianer richteten dann unter den Gefangenen ein fürchterliches Blutbad an und töteten 400 Mann von ihnen.

Aus Portugal.

Madrid, 22. Juli. 400 portugiesische Monarchisten sind hier eingetroffen und wurden als Gefangene nach Couenca und Ternel abgeführt, wo sie unter Aufsicht der spanischen Behörden bleiben werden.

Lissabon, 22. Juli. Die Nachrichten aus allen Teilen des Landes melden vollständige Ruhe. Truppen und Freiwillige aus der Bürgerwehr durchstreifen die Gegenden, in denen sich die royalistischen Umtriebe ereigneten. Die Landbevölkerung steht auf Seiten der republikanischen Beamten.

Wasserstand des Rheins.

23. Juli.
Schusterinsel 2.75 m, gef. 8 cm, Rehl 3.48 m, gef. 7 cm, Maxau 5.15 m, gef. 19 cm, Mannheim 4.52 m, gef. 35 cm

Briefkasten der Redaktion.

H. S., Unterarabach. Freigliche Einwendung bezüglich der „Ranne“ kamte überhaupt nicht aus Parteikreisen. Hätte die Notiz uns zur Aufnahme geeignet erschienen, hätten wir Ihnen dieselbe sowieso erst zur Begutachtung eingekandt. Wir konnten uns aber in diese rein private und geschäftliche Angelegenheit nicht einmischen.

Vereinsanzeiger.

Gaggenau. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Morgen, Donnerstag, 1/9 Uhr, in der „Volksballe“ Mitgliederversammlung. Zahlreiches Erscheinen erwünscht, da verschiedene Berichte erfaßt werden.
Durlach. (Arbeiterbund Vorwärts.) Den Spielteuten aus Kenntnis, daß die Uebungsstunde Mittwoch abend 1/8 Uhr stattfindet. Daran anschließend gemütliche Unterhaltung mit F. V. 7/3 Der Spielführer.

Geschäftliches.

Chapeau. Das auch am hiesigen Plage in allen Schichten der Bevölkerung durch seine Güte und Reinheit sich rasch eingebürgerte alkoholfreie, milchsäurehaltige Getränk, welches zu einem nahen Volksnahrungsmittel geworden, schlug in Frankfurt a. M. beim Deutschen Bundeskongress den Rekord über alle Limonaden. Bereits anfangs voriger Woche wurden in dem vertriebenen Chapeau-Pavillons 10 000 Flaschen umgesetzt, welches Quantum sich bis heute verdoppelt hat. Hier in Karlsruhe befindet sich eine Niederlaae bei Friedrich Büchert, Marktplatz 60, Tel. 3182.

Auf Extra-Tischen zum Aussuchen

Bis Samstag den 27. Juli 1912 kommen

Solange Vorrat!

ca. 2000 Schürzen

weit unter sonstigen regulären Preisen zum Verkauf. Unsere hierzu gestellten Schaufenster zeigen eine Fülle wohlfeiler Schürzen.

Serie 1 75 Pfg. Hausschürzen , Weberzeuge, waschecht, mit Volant Blaudruck-Schürzen , waschecht, doppelseitig Zierschürzen mit Träger farbig Prinzessform		Serie 2 95 Pfg. Hausschürzen , ca. 120 cm breit, mit Volant u. Tasche, waschecht Teeschürzen , weiss Batist mit Stickerei Zierträgerschürzen , Satin, moderne Dessins Hausschürzen , schwarz Panama mit Volant und Taschen		Serie 3 1³⁵ Hausschürzen , extra weit, hell u. dunk., gestr. Ia. St. m. Vol. u. Tasc. Blusenschürzen , gestreift oder türkisch Dessin mit Volant Hausschürzen , schwarz Panama mit Volant und Taschen Zierträgerschürzen , weiss, mit Stickerei und Einsätzen			
Serie 4 1⁹⁵ Reform- und Kimonoschürzen , hell und dunkel gestreift Blusen- u. Empirschürzen , türkisch Satin Servierschürzen , weiss mit Blenden und 2 Taschen oder Plissé-Schürzen Elegante Teeschürzen , Satin mit Blenden, garniert		Serie 5 2⁴⁵ Blusenschürzen , Ia. türkisch Satin mit uni Satin, reich garniert Zier-Trägerschürzen , bunt Satin, mit reicher Garnitur Reform- und Kimonoschürzen , anschliessende Form		2⁹⁵ Kimono-Schürzen 3/4 Aermel, türk. Satin, mit Bindeband, in allen Weiten		3⁷⁵ Kimono-Schürzen 3/4 Aermel, Ia. Satin, moderne türkische Dessins in allen Weiten	
Kinder-Schürzen Kinderschürzen , 45-60 cm, bunt gestreift mit Volants 75³ Kinderschürzen , gestreift Reform und Kimono, weiss und bunt 50-80 cm 95³ Kinderschürzen , kimono gestreift u. türkische Stoffe Gr. 45-75 1.25		Kinder-Schürzen Kinderschürzen , Kimono, gestreift, Grösse 75-90 1.45 Kimonoschürzen , gestr. od. türk. 80-105 cm 1.75 Aermelschürzen , uni und gestreift mit Borden und Blendenbesatz Grösse 45-60 1.45 Grösse 65-75 1.45		Kinder-Schürzen Schwarze Kinder-Reform-Schürzen mit Volant und Bördchen besetzt Grösse 50-60 cm 1.45 Grösse 65-80 cm 1.75 Knaben-Schürzen Serie I uni u. gestr. 48³ Grösse 45-60 cm Serie II marine weiss Grösse 45-60 cm 68³		Kinder-Schürzen Knaben-Schürzen Grösse 45-60 cm aus guten Stoffen 95³ Russenkittel mit breiter, bedruckter Bordüre, weiss und bunt 95³	

Auf alle nicht aufgeführten Schürzen während dieser Tage 10% Rabatt.

Benützen Sie die sensationelle Billigkeit unseres Sommer-Räumungs-Verkaufs!

Hermann Schmoller & Cie.

Bekanntmachung.

Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehren sich hierdurch zu einer öffentlichen Versammlung am Montag, den 29. Juli d. J., nachmittags 4 Uhr, in dem grossen Rathssaal ergebenst einzuladen.

- Z Tagesordnung:
1. Ankauf von Gelände zur Herstellung einer Wegverbindung über die Alb zwischen Födel- und Siemensstrasse (Vorlage Nr. 33).
 2. Herstellung öffentlicher Anlagen an der Alb (Vorl. Nr. 34).
 3. Herstellung der Lauterberg- und eines Teils der Treitschestrasse (Vorlage Nr. 35).
 4. Erwerbung eines Grundstücks zur Herstellung des Lühov-Platzes im Stadtteil Ruppurr (Vorlage Nr. 36).
 5. Herstellung des nördlichen Teils der Winkelriedstrasse im Stadtteil Grünwinkel (Vorlage Nr. 37).
 6. Herstellung der Sofienstrasse zwischen Herder- und Seemannstrasse (Vorlage Nr. 38).
 7. Feuerungszulage für Beamte und Arbeiter (Vorl. Nr. 39).
 8. Erwerbung von Geschäftsanteilscheinen der Gartenstadt Karlsruhe G. G. m. b. H. (Vorlage Nr. 40).
 9. Herstellung der Hirschstrasse zwischen Südens- und Graf-Abenstrasse (Vorlage Nr. 41).
 10. Umbau der Durmersheimer Strasse in Grünwinkel (Vorlage Nr. 42).
 11. Herstellung der Südensstrasse zwischen Karl- und Hirschstrasse (Vorlage Nr. 43).
 12. Wiederherstellung und künstlerische Ausgestaltung des Innenraums der Friedhofkapelle (Vorlage Nr. 44).
 13. Verkauf von städtischem Gelände an die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken (Vorlage Nr. 45).
 14. Herstellung des neuen Bahnhofsplatzes und der einmündenden Strassen (Vorlage Nr. 46).
 15. Verlegung der Messe (Vorlage Nr. 47).
 16. Umbau der Karlstrasse südlich der Gutschirake (Vorl. Nr. 6).
 17. Herstellung von Sinkkastenanlagen in der Durlacher Allee (Vorlage Nr. 48).
- Karlsruhe, den 20. Juli 1912. 763
Der Oberbürgermeister: Siegrist. Neudied.

Konsum-Verein Durlach.

Unsere werten Mitgliedern zur gefl. Kenntnis, dass wir mit dem heutigen Tage mit

Herrn Albert Schmälzlin, Bäckerei Friedrichstrasse Nr. 9

einen Lieferantenvertrag abgeschlossen haben. Wir er-suchen unsere werten Mitglieder, bei eintretendem Bedarf in Backwaren obige Firma zu berücksichtigen.

Der Vorstand.

NB. Gegenmarken des Konsum-Vereins werden verabsolgt.

Zu Bersteigerungspreisen

gebe einen Posten

Damen-, Herren- u. Kinderstiefel sowie Damenhalbschuhe und Sandalen

ab. - Nur reguläre Ware, keine Ladenhüter. - Alle Größen vorhanden.

W. Krüger Auktionsgeschäft und Schuhlager Adlerstrasse 40 (neben „Beobachter“).

Karlsruher Hausfrauen!

Kohlen und Koks sind teurer geworden. Braunkohlen-Briketts



dagegen billiger.

Achten Sie genau auf die Marke!

Partei u. Gewerkschafts-genossen raucht und verlangt in den Lokalen und Geschäften

Zisch-Zigarren (Parisiware)

hergestellt von nur organisierten ausgesetzten Arbeitern.

Generalvertreter 8161 G. Wetterauer Klein-Ruppurr.

Speisezimmer,

bestehend aus Sofa, Buffet Stredenz, Umbau, für 295,- zu verkaufen. 724

Heinrich Karrer, Lagerhaus u. Möbelhandlung Philippstrasse 19.

Möbliertes Zimmer im 2. Stock sofort zu vermieten. Winterstr. 20 II. 743

Zirpilin Erfolg

garantiert.

erhältlich in folgenden Drogerien: W. Baum, Jul. Dehn Nachfg., Otto Fischer, M. Hofheinz, Kintz Nachfg., Otto Mager, Fr. Reis, Carl Roth, Max Strauß, Gebr. Vetter, Th. Walz, P. Vogel-Durlach.

B. Finkelsteins
Apfelella
erhältlich in 612
Bucherer's
sämtlichen Filialen.

Carl König
Dentist.
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.
Telephon 2451.
Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote: Heinrich Steuertwald von Hintergarten, Hauptlehrer hier, mit Pauline Bepf von Sinsheim. - Christ. Hornberger von Neunkirchen, Sergeant hier, mit Emma Silberzahn von Sindolsheim. - Otto Krack von Triberg, Kaufmann hier, mit Adelheid Schiatti von hier. - Wolfram Kübler von Adolfszell, Dipl.-Ing. in Newyork, mit Julie Kiese, von hier.

Eheschließungen: Hermann Karber von hier, Buchdrucker hier, mit Sofie Knapp von hier. - Leopold Lauerer von Messkirch, Bachmeister hier, mit Emma Reinhard von Königheim. - Heinrich Schiefereder von Basel, Dipl.-Ing. hier, mit Elfa Weiser von hier. - Rudolf Vollmer von hier, Schlosser hier, mit Karoline Niebling von hier. - Friedr. Suppe vor Großleimungen, Oberpostassistent in Baden, mit Luise Wäber von Hochstetten. - Otto Raab von hier, Schlosser hier, mit Elfa Köhler von Unterzombach. - Friedr. Wäber von hier, Maler hier, mit Franziska Denner von Lühenshardt. - Wilhelm Lutz von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Lina Süpfe von hier.

Geburten: Gertrud Elise, B. W. H. Nefflen, Kaufmann. - Kurt Erhard, B. Otto Rothmund, Revifor. - Marie Sofie, B. Paul Wagner, Tagelöhner.

Todesfälle: Luise Brenneisen, alt 61 J., Witwe des Schuhmachers Peter Brenneisen. - Cornelia, alt 10 Mon. 24 Tg., B. van Riemsdijt, Schiffer. - Katharine Lehmann, alt 51 J., Ehefrau des Landwirts Aug. Lehmann. - Ambros Bübler, Steuererheber a. D., ein Chemann, alt 67 J. - Lucie, alt 5 Mon. 3 Tg., B. Wilhelm Göhmann, Badofenbauer.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geborene vom 11. und 12. Juli: Johann Arthur, B. Augustin Spida, Schlosser. - Adolf August, B. Gottlieb Friedr. Kübler, Fabrikarbeiter. - Friedrich, B. Friedrich Lehrer, Schreiner.
Eheschließung vom 13. Juli: August Bach, Müllergehülfe von Böffingen, und Maria Hartmann von Weingarten.
Gestorben am 12. Juli: Friedrich Wilhelm, B. Karl Ströble, Modellschlosser, 3 1/2 Jahre alt.

Pfannkuch & Co
Neu eingeführt:
Biomalz
Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen

Russen, sowie sämtliche Küchenkäfer Schwaben, vertilgt man sicher und schnell mit

114 Kintz Nachfg., Otto Mager, Fr. Reis, Carl Roth, Max Strauß, Gebr. Vetter, Th. Walz, P. Vogel-Durlach.

Saison-Ausverkauf.

In dieser Woche: **Spezial-Ausverkauf**

sämtlicher Damen- und Kinder-Hüte

Ich verkaufe ohne Rücksicht auf den früheren Wert solange Vorrat:

Garnierte Damen-Hüte

Garnierte Kinder-Hüte

jetzt	jetzt	jetzt	jetzt	jetzt	jetzt	jetzt	jetzt	jetzt	jetzt
2 ⁵⁰	3 ⁵⁰	4 ⁵⁰	5 ⁵⁰	6 ⁵⁰	75	1 ²⁵	1 ⁷⁵	2 ⁵⁰	3 ⁵⁰

Englische Damen-Hüte, Fassung Matelot und Marqui

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5
jetzt	jetzt	jetzt	jetzt	jetzt
50	75	1 ⁰⁰	1 ⁵⁰	2 ⁰⁰

Hugo Landauer

Karlsruhe i. Baden
Kaiser-Strasse 145.

Gewerkschaftskartell Karlsruhe.

Donnerstag, den 25. Juli, abends halb 9 Uhr, in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstrasse 13, 768

Vertreter-Versammlung

Tagesordnung:
1. Innere Angelegenheiten, 2. Vergebung der Geschäftsführerstelle für die Gewerkschaftszentrale, 3. Abrechnung und Revisionsbericht vom 1. Quartal 1912, vom Sommerfest und den Vortragsabenden.
Die Vertreter werden um pünktliches Erscheinen ersucht.
Die Kommission.

Stadtgarten-Theater.

Direktion: S. Sagin.

24. Vorstellung.

Dienstag, 23. Juli 1912, abends 8 Uhr 772

Novität! Zum 5. Male!

Alt-Wien.

Operette in 3 Akten von Gustav Kadelburg und Julius Wilhelm. Musik nach Motiven von Josef Lanner von Felix Stern.
Kasseneröffnung 7^{1/2} Uhr.
Auf. 8 Uhr. Ende nach 10^{1/2} Uhr.

Wichtiges Volksgetränk

Gesunder Apfelmost

wird vollkommen ersetzt durch

HEINEN MOSTEXTRACT

Reines, natürliches Extract aus Früchten

Gesundes, erfrischendes, haltbares Hausgetränk.

Liter 5-6 Pf., leichte Herstellung.

Zu haben in Drogen- und Kolonialwarengeschäften

Anton Heinen,

Pforzheim. 6965

Zu kaufen gesucht.

2 gleiche schöne Betten mit Kössen ev. auch Matratzen gutes Koffhaar für 2 Matratzen.

S. Sonntag,

Leisingstraße 33.

Vorzügliche Qualität! Erprobte Passform!

Garantie für Halbbarkel!



Einheitspreis für Herren u. Damen

schwarz und braun, mit und ohne Lackkappen auch ganz Lack

Schnür-, Schnallen-, Zug- u. Derby-Stiefel, auch elegante Promenaden-Schuhe

Mk. 7.50

jedes Paar, ebenso Bergstiefel, genagelt und ungenagelt.

Kaiserstr. 56.

Versand nach auswärts gegen Nachnahme.

Umtausch gestattet. 8212

Zu verkaufen: guterhaltener Küchenschrank, 2 Stühle, 1 Holz- tischer und Galerieschrank.

Hauptstr. 17, 3. St. r.

Waren zu Versteigerungspreisen.

Mittwoch, den 24. Juli und die folgenden Tage, jeweils von vormittags 9 und nachmittags 2 Uhr ab werden Hauptstr. 20 folgende Waren abgegeben:

Ca. 2 Ztr. Wolle, schwarz u. farbig

4 Mille Biarren, nur bessere Sorten, 1 Partie Damen- und Kinderstrümpfe, Herrensocken, Herrenhemden mit farbigem Einjas, in allen Größen, Wacco-Hemden und Unterhosen, Sporthemden, Damenhemden und Dosen, 1 Partie Kleiderstoffe in schwarz und farbig, Bett-Kattune, Kinder-Wasch-anzüge und Blusen. 776

J. Madlener, Auktionator.

Syndikatsfreie Kohlenhandlung

Karl Rieß Inh.: M. Rieß

Fernsprecher 2363 — Kontor: Karlstraße 20 empfiehlt alle Sorten 777

Kohlen, Koks, Briquets u. Holz.

Best günstigste Bezugszeit und billigste Preise.

Photographische

Aufnahmen finden bei jeder Witterung täglich bis 7 Uhr und Sonn- und Feiertags bis 6 Uhr abends statt.

Photogr. Atelier Rembrandt Karlsruhe 522

Karl-Friedrichstrasse 32. Fernruf 2331.

Schlafzimmer

sehr imitiert, mit Anterjen, sehr schön und gut gearbeitet, um den billigen Preis von Mk. 245. — zu verkaufen.

Heinrich Karer Lagerhaus und Möbelhandlung, Philistr. 19. 822

Mädchen, junges, zur Mit- hilfe im Haushalt gesucht. Schützenstr. 27, part.

Diwan.

Neue bessere Plüsch- u. Taschen- Diwans wert. unt. Garant. v. 38 u. 42 Mk an verl. Keine Fabrikat. R. Köhler, Tapez., Schützenstr. 25.

Badische Rote + Lotterie

Zieh. schon 24. August 3388 Geldgew. o. Abzug

44000 M.

Hauptgew. b. oh. Abzug

15000 M.

37 Geldgew. b. o. Abzug

12000 M.

3350 Geldgew. b. o. Abz.

17000 M.

LOSE à 1 M. 11 Lose 11 Mk Porto u. Liste 30 S empfiehlt Lott.-Untern.

J. Stürmer

Strassburg i. E. Langstrasse 107.

In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstrasse 11/15, Gebr. Gühringer, Kaiserstr. 60, E. Flägel, J. Daringer, 8666

Zimmerleute gesucht.

Wilhelmstraße 52, Karlsruhe. 752

Stellegesuch.

Junger Mann, 20 Jahre alt, stenographiefundig (Gabelsberg) und Maschinenschreiber, mit schöner Handschrift, sucht irgend- welche Beschäftigung auf einem Bureau bei beherrschenden Ansprüchen. Offerten unter Chiffre 758 an die Exp. d. Bl. erbeten.

Jagdhund,

weiblich, zuge- laufen, laufen. Abzuhol- Eisenbahnstr. 1a, 4. Et. 13., von 12-2 Uhr.

Schürzen:

Kinderschürzen von 27 S an

Knabenschürzen von 48 S an

Hauschürzen von 60 S an

Zierschürzen von 20 S an

Schürzen in grau und schwarz Luster.

Knabenanzüge

von 2.50 an bis zum feinsten Genre.

Gebr. Hornung

Inh.: Carl Feger Rastatt.

Kräuter Gouda Edamer

empfehlen Alois Zanetti, Telef. 2107, Kaiserstr. 64, Butter, Käse-Engros-Handlung.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der im März 1911 unter Nr. 2934 bis mit Nr. 31543 ausgegebenen bezw. erneuerten Pfandbriefe werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens 6. August 1912 auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder der Versteigerung gebracht werden. Karlsruhe, den 20. Juli 1912. Städt. Pfandleihkass.

Ausgegangene Haare

läuft zu höchsten Preisen Oskar Becker, Saarhandlung, Kaiserstrasse 32.

3 Zimmer-Wohnung

mit Zubehör, Wasser u. Gas, auf dem Kaufe. Gröningen, Waldstr. (Neubau) zu vermieten.

Möbelfabrik

Nr. 4. Stod zwei schöne Möbel zu verm. In nächster Nähe des Bahnhofs.

Dr. ... Ausgabe ... 75 Pf. ... abgeholt ... 2.10 M. ... Buchdrucker ... Geme ... Rede des ... Der ba ... lagung no ... Materie ... den Ausb ... einer Kon ... zierung v ... hat in der ... Die ... fuchen, ... 1. das G ... genüge ... Arbeit ... der 3 ... jährlic ... hände ... e. für d ... Hilfskr ... eine o ... wird. ... Zur E ... berichter ... Der M ... doch eine ... Richtung ... der A r b e ... sgen wer ... verbeauch ... soll, daß ... Betriebe j ... und daß ... nachkontroll ... Es ist ... den, daß ... henh, daß ... einmal in ... war, und ... R i s i k o ... Mählande, ... schäftigen ... auch darau ... ausgezeich ... Schrippsch ... ter Nichtun ... Die gu ... nach ihrer ... mit dem G ... Beamten d ... ran einget ... h i n r e i c ... des Geme ... schenwert ... bildung die ... in allgume ... gehen. Es ... Wünsche n ... freien ... Gewerbeau ... kräfte mit ... gegangen f ... Die ge ... Sa u e w ... träger au ... daß eine ... wird. Die ... Kommission ... gerade im ... bezug auf ... Es ist au ... Schu ß v o ... den Schu ß ... Konfekt ... gemacht w ... Bauarbeit ... daß es mo ... Wege eine ... führt wech ... darauf hin ... herborgege ... der Bauau ... traglicher ... tragen sei ... daß das ... Ausgestalt ... Durchführ ... e s m e g ... Die A ... Standpun ... Kommission ... zu Berichts ... abgelehnt ... Ablehnung ... Ich d ... million a ... mobil noch ... des vor